

AIB

Sonderheft 4/86

2,50 DM

EXKLUSIV:

Interviews mit
A. Borgmann
(Die Grünen)
K. H. Hansen
(Friedensliste)

Dritte-Welt-Politik der BRD



Bilanz der Wende-Regierung • Alternativen der Opposition

Inhalt

<i>Peter Wahl</i> „Weiter so Deutschland!“	II
<i>Wolfram Brönner</i> Weltpolitik à la Kohl	III
Bonn und Nikaragua	IV
Bonn und Südliches Afrika	VII
Anti-Apartheid-Bewegung	VIII
<i>Michael Mohnke</i> Warnkes „Neuorientierung“: Die Entwicklungspolitik seit der „Wende“	X
J. Warnke zu den neuen „Grundlinien der Entwicklungspolitik“	XIII
<i>Dieter Boris/ Jörg Goldberg</i> Wirtschaftsexpansion der BRD und ihr Anteil an der Verschuldungskrise	XIV
<i>Dieter Boris/ Jörg Goldberg/ Nico Biver</i> Alternativen zur BRD-Position in der Schuldenfrage	XXIV
<i>Rainer Falk</i> Entwicklungspolitik: Einstellen oder umstellen?	XXVI
AIB-Umfrage bei Oppositionsparteien Alternativen zur Bonner Dritte-Welt-Politik	XXX
<i>Aktions- und Materialspiegel</i> Neuere Bücher zur Dritte-Welt-Politik. Informations- und Aktionshinweise	XXXIV

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/246 72

Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebe-
háj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas
Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Weitere Mitarbeiter: Rainer Falk

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/Main.,
Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank,
Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto);
Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM
(zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft:
3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr
Exemplaren 33% Ermäßigung.
Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst
in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Preis der Sonderhefte/Nebenblätter 2,50 DM. Bei Abnahme
von 10 oder mehr Exemplaren gewähren wir 33% Ermäßigung.

Redaktionsschluss: 6. November 1986

Anzeigen: Plambeck & Co, Gerd J. Holtzmeier Verlag, Welt-
kreis Verlag, links

Titel: Karikatur von Stefan Siegart

Fotonachweis: AIB-Archiv, Iz, Friedensliste, Die Grünen,
BMZ, AAB



Spätestens seit der Asyldebatte des letzten Sommers ist bis zu den Stammischen der Republik die Erkenntnis durchgedrungen: Das, was in der sog. Dritten Welt geschieht, hat unmittelbare Auswirkungen auf uns.

Die Zeiten, in denen Goethe einen Spießer im „Faust“ über die Völker „hinten weit in der Türkei“ sagen lassen konnte, „sie mögen sich die Köpfe spalten, mag alles durcheinandergehen; doch nur zu Hause bleib's beim alten“, sind vorbei. Die gigantischen Probleme der Dritten Welt – und das sind die Probleme von 3 Mrd Menschen! – greifen zunehmend auf unsere Innenpolitik über und reichen bis in unseren Alltag.

Dritte Welt heute „in“

Die etablierten politischen Kräfte haben das begriffen und reagieren darauf – natürlich auf ihre Weise.

Da macht Geißler einen CDU-Kongreß über Menschenrechte in Lateinamerika, der Bundespräsident setzt sich für die Erhaltung der tropischen Regenwälder ein, Willy Brandt gründet eine Stiftung zur Erforschung des Zusammenhangs von Rüstung und Unterentwicklung, und alle machen sie mit beim „Tag für Afrika“.

So mancher altgediente Solidaritätsbewegte kann es gar nicht fassen, daß „sein“ Thema nicht länger exklusives Revier exotischen Spezialistentums ist. Stattdessen ist das Thema Dritte Welt zum fest etablierten Feld der Innenpolitik geworden. Das ist neu, aber kein Grund für die Solidaritätsbewegung, sich jetzt vornehm aus dem Getümmel rauszuhalten.

Vielmehr kommt es darauf an, die Chancen, die in der gestiegenen Popularität des Themas liegen, zu ergreifen und kräftig mitzumischen. Das gilt auch für die Bundestagswahl, zumal es hier auch für unsere Sache zwar nicht um alles oder

nichts, aber doch schon um einiges geht. Zuerst natürlich um die Frage Frieden und Abrüstung. Das ist ureigenes Thema der Solidaritätsbewegung. Die militärische Konfrontationspolitik des Imperialismus, der Hochrüstungskurs der NATO, die Linie der sozialen Revanche haben in der Dritten Welt schon viel Unheil angerichtet, und es droht noch schlimmeres.

Und Bonn, in Treue fest, ist immer mit dabei; kein Wort der Kritik, keine Distanzierung. Siehe Grenada und Libyen und Angola und Malwinen und Nikaragua und Chile und Südafrika und, und, und...

Und dann SDI! Selbst wenn kein Schuß fällt: Gesundheitskampagnen, solidarische Entwicklungshilfe, Lösung der Schuldenkrise, Reform der internationalen Wirtschaftsbeziehungen – das wird man erst einmal alles vergessen können. Allein durch seine ökonomischen Effekte wird das Sternenkriegsprogramm für Millionen Menschen zur Hölle auf Erden.

Wie lange wird es dann noch dauern, bis Armut und Elend in der Dritten Welt, kombiniert mit Bevölkerungsexplosion und Ressourcenverknappung, zu sozialen und politischen Katastrophen führen, von denen man sich heute keine Vorstellung machen kann?

Wie lange wird es noch dauern, bis ökologische Probleme – Vormarsch der Wüsten, Wasserknappheit, Abholzung usw. zu einem globalen Kollaps der Ökosphäre führen?

Dem Kanzler und seinen Ministern sind diese Probleme weitgehend egal. Mit ebenso selbstgefälliger Ignoranz wie biedermännischer Skrupellosigkeit verfolgen sie weiter ihre Geschäfte – business as usual.

Und das ist wörtlich zu verstehen. „Entwicklungsminister“ Warnke, durchaus nicht scherzhaft auch als Siemensminister bezeichnet, versteht Entwicklungspolitik hauptsächlich als Exportförderung für die Industrie – mit Vorliebe für die Firma Siemens. Details sind in diesem Heft nachzulesen.

Plattform links von der CDU

Ausgerechnet in einer Zeit also, in der sich die Zukunft der Dritten Welt „ver-zweifelt und düster abzeichnet“ (Fidel Castro), haben wir eine Regierung, die gegenüber den Problemen der Entwicklungsländer gleichgültig ist und ihre Dritte-Welt-Politik ausschließlich an den Interessen der großen Konzerne, des militärisch-industriellen Komplexes und

den Weltherrschaftsplänen der USA ausgerichtet.

Und die Alternative?

Zur Wahl haben alle oppositionellen Kräfte programmatische Aussagen für eine neue Dritte-Welt-Politik vorgelegt. Die Vorschläge von SPD, Grünen und Friedensliste weisen in den Grundzügen eine erstaunliche Übereinstimmung auf. Alle erkennen die Bedeutung des Zusammenhangs von Frieden und Entwicklung, haben unsere Verantwortung für die Lösung der globalen Probleme erkannt, fordern einen Bruch mit der imperialistischen Konfrontationspolitik. Alle machen sich die Grundforderungen der Dritten Welt zur Umgestaltung der Weltwirtschaft zu eigen und ergreifen eindeutig Partei zu Brennpunkten des antiimperialistischen Kampfes, wie Nicaragua und Südafrika.

Natürlich gibt es auch Differenzen, hier und dort Inkonsequenz, Halbheiten und Fehleinschätzungen. Auf alle Fälle aber ist für den Dritte-Welt-Bereich die Übereinstimmung so groß, daß eine Plattform für eine Mehrheit links von der CDU leicht zu erreichen wäre (die Betonung liegt nicht nur auf „Mehrheit“, sondern auch auf „links“!).

Sehr viel bewegt hat sich dabei zumindest programmatisch in der SPD. Die Grünen, in vielen Fragen der Dritte-Welt-Politik der SPD ohnehin immer schon voraus, haben ihre Positionen weiter konkretisiert und dabei antiimperialistische Konturen deutlicher herausgearbeitet. Für die Friedensliste gilt dies ohnehin.

Viele Forderungen, die die Solidaritätsbewegung aufgestellt hat, finden sich also heute in den Wahlprogrammen der Oppositionsparteien. Das ist wichtig über den Wahltag hinaus. Denn unabhängig davon, wie es am 25. Januar 1987 ausgeht, die Solidaritätsbewegung hat hier die Chance – unter Wahrung ihrer parteipolitischen Autonomie – an Einfluß und Breite zu gewinnen.

Sie kann dazu beitragen, die verschiedenen oppositionellen Strömungen zu gemeinsamem Handeln zusammenzuführen. Sie kann dabei helfen, einen demokratischen Block der Veränderung zu formieren. Einen solchen Block der Veränderung brauchen wir, wenn sich in diesem Land entscheidendes ändern soll – auch in der Dritte-Welt-Politik.

Das ist nicht nur eine wahltaktische Überlegung, z.B. über rosa-grüne Koalitionen u.ä., sondern eine langfristige strategische Orientierung. Denn eines ist sicher: Bloß nicht weiter so – *Bundesrepublik Deutschland!* Peter Wahl



Wolfram Bröner

Weltpolitik à la Kohl

Die BRD als Komplize und „Partner“

Inzwischen gehört es fast schon zum Alltagsgeschäft, wenn die konservativ-liberale Regierung Kohl in weltpolitischen Fragen für Zündstoff sorgt. So jüngst gesehen, da sie sich als Bremsklotz gegen mögliche Abrüstungsschritte und gegen durchschlagende Anti-Apartheid-Sanktionen betätigte.

„Amerikas Versicherungspolice“

Nach dem Gipfeltreffen USA-UdSSR von Reykjavik im Oktober 1986, wo Abrüstungsvereinbarungen greifbar nahegerückt und nur am Beharren Ronald Reagans auf ihrem Weltraumwaffenprogramm SDI gescheitert waren, taten sich die Bonner Unionsführer als vom Wettrennen „Besessene“ hervor.

Bundeskanzler Helmut Kohl klopfte in seiner Regierungserklärung vom 6. November den US-Kurs fest, das von Reagan als „Amerikas Versicherungspolice“ verharmloste SDI dürfe nicht zum Verhandlungsgegenstand gemacht werden. Nicht unterstützenswert befand er die Forderung nach einem Atomteststopp, d.h. den Anschluß Washingtons an das einseitige sowjetische Moratorium.

Gegen die in Reykjavik erwogene Verschrottung der atomaren Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles und SS-20) fand die CDU/CSU zusätzliche

Vorwände: Sie müsse an eine Regelung zu Kurzstreckenraketen und zum konventionellen Bereich gekoppelt werden.¹

Im Vorjahr hatte der Bundeskanzler, ähnlich seinem Außenminister Genscher (FDP), noch Vorbehalte gegenüber SDI angedeutet und einen Atomteststopp gutgeheißen. Nach dem Bonner Entscheid für eine bundesdeutsche SDI-Beteiligung aber schickte er sich an, gemeinsam mit der CDU/CSU-„Stahlhelmfraktion“ (Strauß, Dregger, Wörner) die republikanischen Ultras in Washington rechts zu überholen.

Mit ihrem Festklammern an die Weltraummilitarisierung wie an die Stationierung atomarer Erstschlagswaffen in Westeuropa demonstrierte die Regierung Kohl, daß ihr soeben von Genscher auf der UN-Vollversammlung in New York wieder einmal beschworener Friedens- und Abrüstungswille bloße Täuschung ist. Mit ihrem Sabotagekurs gegen faßbare Abrüstungsschritte im Genfer Verhandlungsprozeß begab sie sich in Gegensatz auch zur Dritten Welt, deren Votum gegen die Konfrontation und für Abrüstung sich im Rahmen der Vereinten Nationen und der Nichtpaktgebundenen (siehe Kurs des Harare-Gipfels, in AIB 11/1986, S. 4ff.) heute eindeutiger denn je widerspiegelt.

Bundeskanzler Kohl suchte während

Bonn und Nikaragua

Die Beteuerungen der Regierung Kohl, sie lehne es grundsätzlich ab, „die Gewährung von Wirtschaftshilfe an politische Bedingungen zu knüpfen“, wurden bisher am augenscheinlichsten durch die Bonner Mittelamerikapolitik widerlegt.

Hilfszusagen in Höhe von 40 Mio DM an Nicaragua aus den Jahren 1981 und 1982, deren Auszahlung bereits unter der sozial-liberalen Koalition verzögert worden war, wurden 1984 de facto gestrichen. Hatte die Bundesregierung 1983 die Nichtauszahlung noch mit technischen Argumenten begründet, so machte sie Anfang 1984 die Fortsetzung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit von politischen Kriterien abhängig. Hierzu gehört, laut Entwicklungshilfeminister Warnke (CSU), daß „die Sandinisten ihren Revolutionsexport einstellen und ein Mindestmaß an Pluralismus verwirklichen“.

Diese Forderungen verdecken nur schlecht das Einschwenken der Bundesregierung auf die Reagan'sche Mittelamerikapolitik, zumal gleichzeitig die Entwicklungshilfe an das Regime in El Salvador wiederaufgenommen und dieses Land von ihr zum demokratischen Modell für Mittelamerika hochstilisiert wurde.

1984 flossen 50,6 Mio DM an das Duarte-Regime und 1985 weitere 48 Mio DM, obwohl Morde und Folterungen an Oppositionellen weitergehen und El Salvador sich durch Versorgungsflüge für die Contras an der Destabilisierung Nicaraguas beteiligt.

Genausowenig Skrupel bringt man auch dem Regime in Guatemala entgegen, für das die finanzielle und technische Hilfe 1986 um 38 Mio DM auf 58,84 Mio DM erhöht wurde. Unter diese Entwicklungshilfe fallen u.a. 10,6 Mio DM als Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für die Polizei, die nachweislich weiterhin am Verschwindenlassen von Regimegegnern beteiligt ist. Ein Teil der Gelder an beide Länder wird zudem für Projekte verwandt, die Teil der Programme zur Aufstandsbekämpfung sind.

Neben der Einstellung der finanziellen Zusammenarbeit mit Nicaragua wurden auch andere Bereiche der Entwicklungshilfe eingeschränkt. Neue Projekte der technischen Zusammenarbeit wurden nicht mehr bewilligt und bestehende nur in Ausnahmefällen verlängert.

Auf den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) übt die Bundesregierung massiven Druck aus. Die Zahl der DED-Mitarbeiter wurde auf 25 reduziert, die nur noch mit privaten Trägern zusammenarbeiten dürfen. Nichtregierungsorganisationen wurden Zuschüsse verweigert, sofern sie in Nicaragua mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten. Mit der Streichung der Entwicklungshilfe leistet die Bundesregierung einen gewichtigen Beitrag zum US-Destabilisierungskurs gegen Nicaragua. Aktiven Anteil daran hat das BMZ zudem, indem es über die Konrad-Adenauer- und die Friedrich-Naumann-Stiftung zivile Contra-Organisationen wie die Christlich-Soziale Partei, den Unternehmerverband COSEP, die Zeitung La Prensa und die sog. Menschenrechtskommission CPDH finanziert.

Obwohl die Bundesregierung und die Koalitionsparteien immer wieder betonen, daß sie



Außenminister Genscher (FDP), 1983 in Nicaragua, verlor in der Rechtskoalition ständig an Boden gegenüber den Ultrakonservativen

eine militärische Lösung der Konflikte in Mittelamerika ablehnen, ist bisher eine Verurteilung des Kontrarkrieges Washingtons ausgeblieben. Noch 1983 ließ die Regierung Kohl erklären, sie wisse nichts von einer Unterstützung der Contras durch die USA.

Wie auch bei anderen weltpolitischen Fragen bleibt Kritik aus, da – so die CDU/CSU in einer Erklärung nach der Verhängung des Wirtschaftsembargos seitens der Reagan-Administration im Mai 1985 – die Priorität des Bündnisses mit den USA „für jeden klar sein müßte“.

Dies ist auch der Grund dafür, daß die Bundesregierung den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Venezuela, Kolumbien), eine friedliche Beilegung des Mittelamerikakonflikts zu erreichen, eine ähnlich wirksame Unterstützung zukommen läßt wie die USA selbst. In Worten spricht sie sich für eipe Verhandlungslösung aus, stellt sich aber auf die Seite El Salvadors, Honduras' und Kostarikas, die bisher auf Anraten Washingtons jede Übereinkunft torpediert haben.

Den Contadora-Friedensbemühungen zuwider läuft zudem das Drängen der Unionsparteien, Nicaragua von der Mittelamerika-Hilfe der EG auszuschließen. In der Bundesrepublik versuchen sie durch die Diskreditierung Nicaraguas und der Solidaritätsbewegung den Boden für eine Ausweitung der US-Intervention zu bereiten.

Dem dienen vor allem eine Menschenrechtskampagne von CDU/CSU und Gruppen aus ihrem Umfeld sowie Bemühungen, die Medien auf antisandinistischen Kurs zu bringen. Einen Höhepunkt hat diese Kampagne anlässlich der Entführung von acht bundesdeutschen Brigadisten und der Ermordung des Aufbauhelfers Berndt Koberstein im Juli 1986 erreicht, als versucht wurde, die Solidaritätsbewegung und die Sandinisten für die Untaten der von Washington ausgehaltenen Contras verantwortlich zu machen.

Ein Dorn im Auge sind der Rechtsregierung vor allem die zunehmende Zahl von Städte- und Länderpartnerschaften und anderen Formen der Zusammenarbeit mit Nicaragua, die mit Unterstützung der Grünen, der DKP und der SPD vereinbart wurden. Ob der Desinformation der Rechtsparteien Erfolg beschieden sein wird, dürfte nicht zuletzt von den Aktivitäten der Solidaritätsbewegung und der Interventionsgegner, sei es innerhalb oder außerhalb der Parteien links von der CDU, abhängen.

N. Biver

und nach seiner Washington-Visite Ende Oktober 1986 von der eigenen Sabotage-rolle (und der Reagans) abzulenken, indem er Schuldzuweisungen ausgerechnet auf Michail Gorbatschow, den Initiator einer Serie radikalster Abrüstungsinitiativen ablad.

Er tat dies in einem Newsweek-Interview, wo er Gorbatschow dreist mit Hitlers Kriegspropagandisten Goebbels, also dem Einpeitscher des Überfalls auf die Sowjetunion (1941), verglich.

Da half es dem CDU-Vorsitzenden auch wenig, daß er an gleicher Stelle befand: „Ich bin kein Dummkopf... Ich bin kein amerikanischer Vasall... Ich bin ein Partner.“ Dies habe er nachgerade mit „seiner für viele Leute in Washington enttäuschenden ... differierenden Position zu Libyen“ untermauert.

Doch „die Amerikaner“ seien im Gegensatz zu Moskau „unsere Freunde“, weil es bei ihnen „keinen Gulag gibt. Die Amerikaner marschieren nicht in Afghanistan ein“.²

In der Tat, Herr Bundeskanzler, und auch (noch) nicht in der UdSSR, Kuba, Nordkorea, Angola oder Nicaragua. Aber im Leitlinien-Dokument der Regierung Reagan für 1984-88³ sind erstere als vorrangige Eroberungsziele der US-Atomkriegsplaner überdeutlich markiert.

„Einmarschiert“ sind übrigens „unsere Freunde“ längst andernorts, so etwa in Korea (weiterhin US-Stationierungsland!), Vietnam, Libanon (1982-84), Grenada (1983) und – auf dem Luftweg – im April 1986 in Libyen. Und gegen die Revolutionsregimes Nicaraguas, Angolas, Moçambiques oder Afghanistans managen sie vorerst „nur“ die Destabilisierung und den Krieg der Contras bzw. des Apartheidregimes, wohlgermerkt ohne eine letztendliche US-Invasion auszuschließen.

Wo in diesem Reagan'schen Weltneuordnungsszenario, so ist zu fragen, steht eigentlich heute, 4 Jahre nach der Inthronisierung der „Wende“regierung, die Bundesrepublik?

Paradefall Libyen

Nehmen wir Kohls Paradefall Libyenkrise.

Vor dem US-Luftangriff vom 15. April 1986 auf Libyen strickte die Bundesregierung mit am zweifelhaften „Terrorismus“-Vorwand gegen Ghaddafi, zog allerdings bei dem von Washington verlangten Wirtschaftsboykott nicht mit.

Nach dem Angriff warb Kohl für „Verständnis“ gegenüber dem Aggressor. Nicht der NATO-Vormacht, sondern den Opfern ihres Kriegsaktes bzw. der libyschen Revolutionsführung wies er die Schuld zu, indem er sie als „Herd

regionaler Destabilisierung", „Zentrum des internationalen Terrorismus" und der „direkten Aggression" (u.a. gegen Ägypten!) in einem bezichtigte.

Der Kanzler tat dies ungeachtet des Tatbestands, daß der sog. „Vergeltungsschlag" von bundesdeutschem Boden aus vom NATO-Oberkommandierenden Rogers geleitet und hier stationierte Pershing II startklar gemacht worden waren. Auch die darin angelegte Gefahr einer überregionalen Kriegeskalation nahm die Rechtskoalition fügsam hin. Die sowjetische Initiative zur Entmilitarisierung des Mittelmeerraumes und einer Verhandlungslösung der Libyenkrise ließ sie links liegen.

Anschließend gab es keine Bonner Verurteilung des US-Staatsterrorismus, wohl aber politische Rückendeckung für ihn. Am 21.4.1986 beschloß man in der EG diplomatische und teilweise wirtschaftliche Sanktionen (Nahrungsmittel) mit, wahrte aber angesichts des Rückzugs des US-Kapitals die BRD-Vorzugsstellung als zweitgrößter Handelspartner und vormals dritt-, jetzt zweitgrößter Auslandsinvestor Libyens.⁴

Fazit des Libyen-„Tests": Im Ernstfall verspricht die Regierung Kohl dem „Partner" USA vorrangige militärisch-politische Gefolgschaft, allerdings gepaart mit dem offenen Anspruch, dies zur Erringung wirtschaftlicher Eigenanteile auszunutzen.⁵

Das lautere Pochen der „Wende"-Regierung auf bundesdeutsche Eigeninteressen hat seine reale Grundlage im wirtschaftlichen Aufstieg, der sich bis Mitte der 80er Jahre im je zweiten oder dritten

Libyenkrise im April 1986: 30000 demonstrierten in Bonn gegen Reagans Neoglobalismus und dessen Förderung durch die Regierung Kohl



Pershing II, seit 1984 in der BRD einsatzbereit, wurden während der Libyenkrise startklar gemacht

Rang als Warenexporteur, Kapitalexporteur, Gläubiger- und Geberland von öffentlicher Entwicklungshilfe gegenüber der Dritten Welt widerspiegelte (siehe Beiträge von Boris/Goldberg und Mohnke). Als neokoloniale Großmacht kommt ihr im Wettstreit mit dem anderen Aufsteiger Japan zugute, daß sie als führender multilateraler Finanzier innerhalb der EG und als nunmehr Zweitplatzierte hinter den USA in den maßgeblichen internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und Weltwährungsfonds deren geballte Macht vermehrt für eigene Terraingewinne mit in die Waagschale werfen kann.

Die für den Zeitraum 1981-85 zu beobachtende Rückläufigkeit der Anteile der Dritten Welt am gesamten BRD-Außenhandel (Exporte von 17,8 auf 12,4%, Importe von über 25% auf 15,5%) und an den weltweiten Direktinvestitionen der bundesdeutschen Konzerne (von 21,2% auf 15% des Bestandes)⁶ heißt im übrigen nicht, daß man in Bonn und den Chefetagen der hiesigen Multis der Wirtschaftsexpansion gen Süden fortan einen geringeren Stellenwert beimißt. Die gebremste Expansion ist vornehmlich ein Reflex auf die tiefe Wirtschaftskrise der Entwicklungsländer (Verschuldungskrise, Rohstoffpreisverfall, Binnenmarktverengung usw.) und vorerst als vorübergehende Erscheinung zu werten. Und in der Strategie von bundesdeutschen Weltkonzernen und Regierungsstellen jedenfalls wird dem weiteren Vormarsch auf Märkten und Anlagensphären in den Niedriglohnländern der Dritten Welt (Auslandsbeschäftigte der BRD-Konzerne 1983 ca. 1,4 Mio, davon über 50% in Entwicklungsländern!) auf absehbare Zeit eine eher erhöhte Bedeutung beigemessen.⁷ Die hier winkenden Kosten- (Extraprofite!) und Standort-

vorteile sollen für den Ausbau der BRD-Position gegenüber der weltwirtschaftlichen Spitzenkonkurrenz ins Feld geführt werden.

Nach Ansicht der Bonner Konservativen gilt es, sie staatlicherseits noch stärker zu fördern mit dem Ziel, sie in einen stetigen weltpolitischen Gewichtszuwachs umzumünzen. Zugleich schalteten sie auf einen ähnlich konfrontativen Kurs wie die Regierungen Reagan und Thatcher gegenüber den weltwirtschaftlichen Reformforderungen der Habenichtse um.

Andererseits zogen sie aus dem hochgradigen Angewiesensein der BRD-Industrie auf Rohstoffzufuhren aus der Dritten Welt sowie aus der verglichen mit den USA, Frankreich, Großbritannien (noch) deutlich geringen dortigen Militärpräsenz den Schluß, daß Bonn eine engere „sicherheitspolitische" Anknüpfung an die globale Interventionsmacht USA und eine erweiterte Rolle innerhalb der NATO-Arbeitsteilung zu betreiben habe.

Nein zu Reformwünschen

Unter diesen Vorzeichen vollzog sich die von Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU) schrittweise durchgesetzte sog. „Neuorientierung" der bundesdeutschen Entwicklungspolitik (siehe im Einzelnen M. Mohnke). Dieses in den „Grundlinien" der Regierung Kohl vom März 1986 zur Umpolung gediehene Konzept läuft im Kern darauf hinaus:

- die Entwicklungshilfe vorrangig zur Förderung des privaten Waren- und Kapitalexports (erweiterte Lieferbindung, Mischfinanzierung, Investitionsgarantien usw.) und zur Verpflanzung „marktwirtschaftlicher Elemente" bzw. „Ordnungen" in die Zielländer einzusetzen;
 - die Grundanliegen der Entwicklungsländer nach Wiederaufnahme globaler Verhandlungen („Nord-Süd-Dialog", seit dem Gipfel von Cancun 1981 stillgelegt) über Strukturreformen der Weltwirtschaft oder über Rüstungskürzungen der Weltmächte zugunsten erhöhter Entwicklungshilfe werden strikt abgewiesen;
 - Ländern, deren eigenständiger Entwicklungsweg Warnkes „ordnungspolitische" Grenzen überschreiten (von wegen Selbstbestimmungsrecht!) oder deren Wohlverhalten gegenüber der Weltpolitik der Westmächte zu wünschen übrig läßt, werden mit Mittelstreichung bedroht (derzeit etwa Zimbabwe) oder abgestraft (so Tansania, Nicaragua).
- Das Auftreten der Regierung Kohl auf den weltpolitischen Foren der UNO, der Weltbank, des Internationalen Wäh-



BRD-Konzerne (wie hier Rössing) sind an der völkerrechtswidrigen Ausbeutung der Uran-Vorkommen im okkupierten Namibia beteiligt

rungsfonds (IMF) usw. zeichnet sich folgerichtig durch ein unnachgiebiges Festhalten am neokolonialen Status quo aus. Während sich die sozialliberale Koalition einer gelegentlich kompromißfähigen Hinhaltepolitik befleißigt hatte, wurde von Bonn seit der „Wende“ die wirtschaftliche Gratwanderung der meisten Entwicklungsländer skrupellos ausgeschlachtet und ihre Kernanliegen gemeinsam mit den Hardlinern in Washington und London offen bekämpft: so die Forderungen nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung, nach einer Demokratisierung von Weltbank und IMF oder nach einem UN-Verhaltenskodex bzw. der Kontrolle der Multis.

Mehr noch setzte das konservative Gespinn auf eine Gegenoffensive, d.h. darauf, Kredit- oder Umschuldungsnot von Entwicklungsländern auszunutzen, um diesen eine „Politik der offenen Tür“ für die Multis (z.B. „Liberalisierungs“gesetze Indiens 1985, Mexikos, der Türkei u.a.), die Streichung von Subventionen für die Armen usw. zu diktieren.

In den Finanzinstitutionen IMF und Weltbankgruppe sorgte die Bonner Regierung ferner mit dafür, daß den auf Reagans „Abschußliste“ stehenden Staaten wie Nikaragua, Grenada (bis 1983), Vietnam oder jüngst dem sozialdemokratisch regierten Schuldenrebell Peru, die gewünschten Kredite versagt, Südafrikas geächtetes Apartheidregime hin-

gegen mit einem Milliardenkredit bedient wurde.

Zur Gegenoffensive im Rahmen der UNO blies das konservative Trio zunächst mit einer konzertierten Aktion gegen die Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), wobei sich gegen deren „Politisierung“ und den senegalesischen Generaldirektor M'Bow einschob. Mit den Austritten der USA und Großbritanniens 1986/87 (sie bestritten 29,6% des Budgets) und der Bonner Androhung dessen bezweckt man, mittels einer finanziellen Lähmung auch die antineokolonialistische Ausrichtung (Neue Informationsordnung!) der UNESCO zu Fall bringen zu können.

Vorliebe für Diktaturen

Konfrontativ tritt die BRD heute auch in der Welthandelsorganisation UNCTAD, der Industrie- und Entwicklungsorganisation UNIDO oder gegen den Auftrag des UN-Namibiarates auf, bindende Sanktionen gegen die illegale Besetzung durch Südafrika sowie die Unabhängigkeit Namibias, das „laut UN-Generalsekretär Perez de Cuellar drängendste Problem der Entkolonialisierung“, gemäß der UN-Resolution 435 (1978) durchzusetzen.

Auffällig gestiegen ist seit der „Wende“ auch die Bonner Bereitschaft, erhöhte

wirtschaftlich-militärische Hilfe gerade an solche Staaten zu übernehmen, die im strategischen Kalkül der NATO gegen das sozialistische Lager eine Schlüsselrolle einnehmen, die in Regionalkonflikten als Interventionsbasen zur Verfügung stehen und/oder von revolutionären Aufstandsbewegungen erfaßt sind.

So zu verstehen ist die Konzentrierung von Sonderhilfen und Entwicklungshilfevergaben auf anrühigste Diktaturregimes wie jene Pakistans, der Türkei (1966/67 über 1 Mrd DM!), Südkoreas und Thailands. So erklärt sich die unverdrossene Stützung Israels, Südafrikas, Marokkos (Westsahara!) oder Indonesiens (Ost-Timor!), obgleich diese Musterfälle für krasse Menschenrechtsverletzungen, Angriffskriege oder für die illegale Besetzung fremder Territorien sind. So begründet ist ferner der BRD-Hilfeschub für die „Frontstaaten“ der Mittelamerikakrise (Honduras, El Salvador, Guatemala; siehe Kasten) oder des Südlichen Afrika (Namibia, Südafrika, Zaire). Und so motiviert ist schließlich die teils unverblühte, teils diskrete Förderung der CIA-Söldner und Contras, die gegen Afghanistan, Angola (UNITA), Moçambique (RNM) oder Nikaragua terroristisch zu Felde ziehen. In dieses Bild paßt denn auch die durchgängig destruktive Haltung der Regierung Kohl gegenüber internationalen politischen Verhandlungsinitiativen, sei

es zu Nikaragua (Contadora), zu El Salvador, zu Namibia/Südafrika, zum Golfkrieg, zum Nahostkonflikt, zur Afghanistan- oder Libyenkrise. Und hier fügt sich nahtlos der schon unter der SPD/FDP-Koalition angebahnte und nach der „Wende“ auf die Spitze getriebene BRD-Rüstungsexportboom ein, der sich nicht zufällig in Konfliktregionen massiert.

Eingangs der 80er Jahre hatte sich die BRD mit der weltgrößten Zuwachsrate (1971-80 nach Washingtoner Quellen 983%, Weltdurchschnitt 98%) ohnehin unter den Exporteuren von Groß-Waffen auf Rang 5 (hinter den USA, der UdSSR, Frankreich, Großbritannien), von Waffen- bzw. Munitionsfabriken gar auf Rang 1 hochgearbeitet.

Schrankenloser Rüstungsexport

Seit im April 1982 die Einschränkungsbestimmung, Rüstungslieferungen in „Spannungsgebiete“ seien nicht statthaft, gestrichen wurde, genügt die Feststellung „vitaler Interessen“ der BRD zur Exportfreigabe im Einzelfall. Diese werden von der Regierung Kohl so weit gefaßt, daß allein im Jahr 1983 nach amtlichen Angaben die Ausfuhr von 8,6 Mrd DM genehmigt wurde, d.h. mehr als im Zeitraum 1975-80 zusammengenommen (8,1 Mrd DM). Der seitherige Abschluß neuer Großaufträge für Kriegsschiffe, Kampfhubschrauber, Militär-LKWs, Panzer, Munitionsfabriken (eine z.B. im Mai 1985 mit den Saudis) usw. verweist auf weiter ansteigende Anteile auf dem ansonsten stagnierenden Rüstungsweltmarkt. Auf die Dritte Welt entfallen derweil rund 2/3 aller BRD-Rüstungsgeschäfte.

Apartheid-Präsident Botha (l.) und Sonderverbündeter Kohl im Juni 1985 in Bonn



Bonn und das Südliche Afrika

Politische und wirtschaftliche, auch militärische Beziehungen zu Südafrika, die Namibia als Bestandteil – sozusagen als 5. Provinz – des Apartheidstaates einschließen, waren und sind für die verschiedenen Bundesregierungen feste Größen ihrer Außenpolitik im Süden Afrikas. Auch die sozialliberale Regierungskoalition (1969-82) unterband diese Beziehungen nicht, die derzeitige konservativliberale Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP schon gar nicht.

Spätestens seit 1984 muß die Frage nach der Haltung zu Südafrika jedoch schärfer gestellt werden. Mit dem Beginn der anhaltenden Unruhen in Südafrika im Sommer 1984 wuchs auch die internationale Bereitschaft zur Isolierung des Apartheidregimes in aller Welt. Ein Umdenken unter Bonner Politikern wäre notwendig, um die BRD in die Boykottreihen gegen Südafrika einzubringen.

Einzelne Stimmen in den regierungstragenden Parteien CDU und FDP vertreten denn auch eine Position, die schärfere Sanktionen gegen Südafrika fordern; so etwa der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der FDP, Helmut Schäfer. Sie konnten sich jedoch nicht durchsetzen. So behält die BRD ihre Bremsenrolle gegen Sanktionen auf der internationalen Ebene bei (siehe AIB 10/1986, S.3).

Während die Regierung Kohl in der Sanktionsfrage zu den Schlußlichtern gehört, nimmt sie in der Unterstützung der südafrikanischen Namibiapolitik eine Vorreiterrolle ein. Zwar hat das Bonner Außenministerium unter Hans-Dietrich Genscher die Einsetzung der sog. Interimsregierung, einer

Marionette Pretorias zur Verhinderung einer wirklichen Unabhängigkeit Namibias, im Juni 1985 offiziell nicht begrüßt, maßgebliche außenpolitische Vertreter der Regierungsparteien nahmen jedoch an den Einsetzungsfeierlichkeiten teil (siehe AIB 8-9/1985, S. 71).

Auch die Bereitschaft der BRD, an Namibia derzeit – also vor der Unabhängigkeit – Entwicklungshilfe zu leisten, muß als Unterstützung der südafrikanischen Besatzungspolitik gegenüber Namibia gesehen werden. Die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag, SPD und Grüne, haben diese anhaltende Kollaboration mit dem Apartheidstaat wiederholt angegriffen und weitergehende Beschlüsse in der Sanktionsfrage seitens der Regierung gefordert. Die SPD hat sich, zwischenzeitlich zur Forderung selektiver Sanktionen durchgerungen. Dies ist immerhin ein Schritt nach vorne, auch wenn es noch immer nicht den Forderungen des Widerstandes in Südafrika selbst, der mehrheitlich einen umfassenden Boykott für notwendig hält, gerecht wird.

Außer den Grünen hat bisher auch keine der im Bundestag vertretenen Parteien die Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika, den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), als legitime Vertreter ihrer Völker anerkannt. Während CDU/CSU jedoch Gesprächskontakte mit Marionetten der Botha-Regierung, z.B. Gatscha Buthelezi, für angebracht hält, bevorzugt die SPD Gespräche mit den Vertretern von ANC und SWAPO. M. Kolter

Tabelle
Wirtschaftsbeziehungen BRD-Südafrika 1980-85
(Angaben jeweils in Mio DM)

	1980	1983	1984	1985
Ausfuhr	4.595	4.982	6.649	4.997
Einfuhr	1.797	2.742	2.973	3.163
– Anteil von Kohle an Gesamteinfuhr	–	26,8%	–	32,5%
– Anteil von Gold an Gesamteinfuhr	5,1%	7,0%	4,4%	9,2%
Ausfuhr „strategischer Güter“	–	350	242	–
Neue Direktinvestitionen	29,9	259,6	171,2	–
Verschuldung Südafrikas bei bundesdeutschen Banken	2.188	2.426	2.487	2.035 ¹⁾

1) Von entscheidender Bedeutung für Südafrika ist dabei, daß der Anteil der unter bundesdeutscher Konsortialführung an allen öffentlichen Anleihen von Juni 1982 bis April 1985 82,7% ausmachte.

(Zusammengestellt nach: Christen für Arbeit und Gerechtigkeit, Die deutsche Wirtschaft und Südafrika: Zur Notwendigkeit von Wirtschaftssanktionen, Heidelberg 1986; AIB-Sonderheft 1/1986. Südafrika. Apartheid und Widerstand; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Nr. 6, Frankfurt, Juni 1986)

Anti-Apartheid-Bewegung Wahlprüfsteine

1. Wie stehen Sie zu umfassenden, bindenden Sanktionen gegen das Apartheidregime?
 2. Wie beurteilen Sie gezielte bundesdeutsche Maßnahmen gegen Südafrika wie z.B. den Importstopp von Kohle, Uran, Obst und Gemüse, Gold aus Südafrika, wie die Aufkündigung des Doppelbesteuerungsvermeidungsabkommens und den Vergabestopp von Hermeskrediten?
 3. Was unternehmen Sie konkret gegen Militärlieferungen nach Südafrika wie z.B. die Lieferung von Hubschraubern von Messerschmitt-Bölkow-Blohm im Juni 1985 an die südafrikanische Polizei, wie die Lieferung von Tausenden von UNIMOG- und Magirus-Deutz-Militärlastwagen während der letzten Jahre u.a.?
 4. Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß von 1983-85 bundesdeutsche Rüstungsgüter (nach Außenwirtschaftsverordnung, Ausfuhrliste Teil 1, Abschnitt A, B und C) an das Apartheidregime im Werte von 722 Mio DM geliefert worden sind?
 5. Welche Meinung vertreten Sie zu der Tatsache, daß die Bundesregierung Informationen zu Rüstungsexporten so gut wie verweigert, während die US-Regierung einer diesbezüglichen gesetzlichen Informationspflicht unterliegt? Was werden Sie in dieser Sache unternehmen?
 6. Wie stehen Sie zu den umfangreichen Lieferungen von Namibia-Uran in die Bundesrepublik? Welche Bedeutung hat für Sie das UNO-Dekret Nr. 1 von 1974 zum Schutze der namibianischen Bodenschätze und natürlichen Reichtümer?
 7. Wie stellen Sie sich zur bundesdeutschen Unterstützung der deutschen Schulen in Südafrika und Namibia?
 8. Welche Position vertreten Sie zur Gewährung bundesdeutscher Entwicklungshilfe für Namibia?
 9. Wie soll Ihrer Meinung nach die Umsetzung der UN-Sicherheitsrats-Resolution 435 zur Unabhängigkeit Namibias konkret aussehen?
 10. Welche Rolle spielt für Sie die von den USA und Südafrika in die Namibia-Verhandlungen eingebrachte „Linkage“-Frage (Gewährung der Unabhängigkeit Namibias erst nach Abzug der kubanischen Truppen aus Angola)?
 11. Was gedenken Sie zur Umsetzung der Forderung nach Freilassung von Nelson Mandela und aller anderen politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia konkret zu tun?
 12. Wie definieren Sie Ihre Haltung zu den Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO und wie sieht gegebenenfalls Ihre Unterstützung für diese beiden Organisationen aus?
 13. Wie stehen Sie zu dem Homelandführer und Inkatha-Vorsitzenden Gatsha Buthelezi?
 14. Wie sollen Ihrer Meinung nach im Rahmen internationaler Sanktionen gegen den Apartheidstaat die Frontstaaten im Südlichen Afrika gegen wirtschaftliche Repressalien Südafrikas unterstützt werden?
 15. Wie sollen die Frontstaaten im Hinblick auf die fortgesetzten kriegerischen Angriffe und subversiven Aktionen Pretorias unterstützt werden?
 16. Was unternehmen Sie konkret zur Umsetzung der Forderung der UNO, die Konvention „Apartheid: Ein Verbrechen Gegen Die Menschlichkeit“ (1973) von der Bundesregierung ratifizieren zu lassen?
 17. Wie stehen Sie zu Sportkontakten zwischen der Bundesrepublik und Südafrika/Namibia?
 18. Wie soll Ihrer Meinung nach die Bewegung gegen die Apartheid in der Bundesrepublik am wirksamsten gestärkt werden?
- Nachtrag:**
19. Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß die Bundesrepublik zum wichtigsten Bankland für den Apartheidstaat geworden ist?
 20. Welche Haltung nehmen Sie zu der bundesdeutschen Beteiligung an den Umschulungsvereinbarungen für Südafrika ein?

Dabei sind die in den amtlichen und internationalen Statistiken zugrundegelegten Exportwerte der BRD-Rüstungskonzerne noch deutlich untertrieben. Denn sie schlagen die Vielzahl von Gemeinschaftsprodukten mit Unternehmen vor allem Frankreichs (Alpha Jet, Milan, Hot) und Großbritanniens (Tornado) einseitig letzteren zu, die eigentlich zu etwa 50% bundesdeutsch zu verbuchen wären. Und sie lassen die als „zivil“ deklarierten (Unimogs!) und illegalen Rüstungstransfers über Drittländer (Rheinmetall, MBB!) unberücksichtigt. So spiegelt heute die Massenpräsenz solcher Markenzeichen wie G-3-Gewehre von Heckler & Koch oder Militär-LKWs von Magirus-Deutz, Daimler-Benz, MAN auf den Kriegsschauplätzen in Mittelamerika (El Salvador), im Golfkrieg Irak-Iran und im Südlichen Afrika den Aufstieg des BRD-Neokolonialismus zu einem der konfliktrträchtigsten Faktoren der Weltpolitik wirklichkeitstreu wider.⁸

Das wohl schwerwiegendste Engagement in einem Regionalkonflikt betreibt die Bonner Rechtskoalition gewiß als treuester Verbündeter des Apartheidregimes im Südlichen Afrika.

Als der Sanktionsbremser in der EG, als Lieferant und Finanzier Nr. 1 trägt sie ein hohes Maß an Mitverantwortung für die Eskalation in und um Südafrika (siehe Kasten).

Dies tut die BRD insbesondere als Spitzenexporteur von Rüstungsgütern (1983-85 in offizieller Höhe von 722 Mio DM) in einer Situation, da sich der „Partner“ Reagan durch die ihm vom US-Kongreß aufgenötigten Teilsanktionen u.a. zu einer strikten Anwendung des UN-Waffenembargos von 1977 gezwungen sieht. Bundesdeutsche Waffen aber werden, so scharenweise Militär-LKWs oder MBB-Hubschrauber (BO 105 und BK 117), sowohl bei der Bekämpfung „innerer Unruhen“ als auch bei Kriegseinsätzen in Namibia, gegen Angola und Moçambique eingesetzt.⁹

Waffenbrüder der Apartheid

Alarmierend ist überdies die kürzlich in einem Memorandum des US-Außenministeriums (25.1.1985) enthüllte Gewißheit, daß das Apartheidregime dank der jahrzehntelangen „westlichen Nuklear-Geschäftsbeziehungen mit Südafrika“ die „Atomwaffenfähigkeit“ besitzt. Pretoria plane ein, „Zuflucht“ zu atomaren Waffen gegen die aufständische schwarze Bevölkerungsmehrheit in Südafrika wie gegen Angola, Zimbabwe oder Moçambique zu nehmen (Wortlaut in: AIB 11/1986, S.15). Ein Gutteil der nukleartechnischen Hilfe



BRD-Rüstungsexportschlager (v.o.): Lkw von Magirus-Deutz, Hubschrauber BO 105, Jagdbomber Tornado

steuerte bekanntlich die BRD bei, die umgekehrt ca. 40% ihres Urans aus Südafrika und Namibia bezieht. Verarbeitet und wiederaufbereitet in den Atomanlagen von Hanau und Wackersdorf könnte es den Bonner Ambitionisten die Hintertüre zur eigenen bzw. westeuropäischen Atomstreitkraft in den 90er Jahren aufstoßen.

Vorerst jedoch sind weder Frankreich noch Großbritannien geneigt, ihren Status als Atommächte mit der BRD zu teilen. Dies zumal sie ohnehin längst zur stärksten konventionellen Militärmacht Westeuropas und zur rechten Hand Washingtons in der NATO aufgestiegen ist.¹⁰

Die Regierung Kohl fährt auf dem Weg zur erweiterten Stärkeposition zweigleisig: Einerseits erreichte sie 1984, daß die letzten von der Westeuropäischen Union nach dem 2. Weltkrieg bewahrten Aufrüstungsbeschränkungen für die BRD gestrichen wurden. Außerdem forcierte sie die Gemeinschaftsproduktion und Militärkooperation mit Frankreich. Wegen der Vorbehalte Präsident Mitterrands und anderer Westeuropäer gegen Reagans „Sternenkriegs“projekt SDI

begann man eine eigenständige „Sternenkriegs“variante, die Europäische Verteidigungsinitiative (EVI), hinzuzufügen.

Andererseits wurde die BRD als vorgeschobene Basis von US-Streitkräften mit der Stationierung faktisch strategischer US-Atomwaffen Pershing II und Cruise Missiles und mit dem SDI-Einstieg als europäisch-atlantischen Schlüssel-„partner“ im Atomkriegsplan gegen die UdSSR weiter aufgewertet.

Mit den an eine Erstschlagsoption des Pentagon angepaßten neuen Kriegführungsdoktrinen AirLand Battle (ALB) und FOFA (Follow-on-Force-Attack, Rogers-Plan), die frühzeitige auch atomar-chemische Angriffsschläge in die Tiefe des gegnerischen Raumes vorsehen, spielte Bonn eine Wegbereiterrolle in den NATO-Reihen.

Davon, daß sie mit der bilateralen ALB-2000-Übereinkunft dieser Offensivdoktrin in ihrem Rüstungsprogramm 1985-97 bereits voll Rechnung trug und sie in gemeinsamen Manövern hierzulande erprobte, erhofft sich die „Wende“-regierung ebenso wie vom SDI-Ja ihrerseits Gegenleistungen seitens der USA.

Intervent mit Zukunft

Einesteils verspricht sie sich US-Rückendeckung bei ihrem sog. „Offenhalten der deutschen Frage“, d.h. dem mit der militärischen Potenz (inklusive werdende Atommacht BRD) wachsenden revan-chistischen Wunschvorhaben der Ultra-konservativen auf eine großdeutsche Neuordnung Osteuropas.

Andernteils erhofft sie sich davon die spätere Zustimmung der USA, daß ihre gleichlaufend stärkere Einbindung in das NATO-Interventionskonzept an der



„Südflanke“ der Auftakt zu perspektivisch eigenen bzw. westeuropäischen Interventionsstreitkräften und zu noch ausgedehnteren Rüstungsexportchancen der eigenen Multis ist.

Die im Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen (WHNS) 1982 vereinbarte Bonner logistische u.a. Sonderhilfe für Einsätze der US-Eingreiftruppe in der Ölregion Südwestasien/Nordafrika im Krisen- oder Kriegsfall, wollen Vordenker wie Möllemann (FDP), Dregger (CDU) oder Strauß (CSU) als Sprungbrett für das direkte Miteingreifen „deutscher Soldaten“ in der Ölregion verstanden wissen.¹¹

Diese BRD-Option, in „vitalen Interessengebieten“ dereinst massiv (mit) zu intervenieren, hat sich die Regierung Kohl im übrigen in ALB 2000 für den „Nahen und Mittleren Osten“ wie für das an strategischen Rohstoffen reiche „Afrika“ offengehalten. Mit der Deklaration des gesamten Kontinents zur „Interessensphäre der NATO“ ist für den Fall einer akuten Krisenzuspitzung etwa im außerordentlich rohstoffreichen Süden Afri-

kas ein (Mit)Einmarsch von Bundeswehrverbänden nicht auszuschließen.¹² Der unter der Regierung Kohl durchaus erhöhte weltpolitische Einfluß der BRD hat der Dritten Welt, neben einer verschärften Ausbeutung (siehe Boris/Goldberg) vor allem zusätzlichen Konfliktstoff und neue Gefahren beschert. Und sie verheißt im Fall einer Bestätigung der Rechtskoalition bei den Bundestagswahlen 1987 eher Schlimmeres.

Die auf der laufenden UN-Vollversammlung selten scharfe namentliche Verurteilung der Bundesrepublik seitens des UN-Botschafters Josef Garba (Nigeria), sie sabotiere wirksame westliche Südafrika-Sanktionen,¹³ droht so gesehen Schule zu machen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 7.11. und 15.10.1986; Stern, 23.10.1986
- 2) Newsweek, New York, 27.10.1986
- 3) Wortlaut siehe in: AIB-Sonderheft 2/1984 zu AirLand Battle, S. 36-38
- 4) Zit. nach: FR, 16.4.1986
- 5) Siehe Beiträge zur Libyenkrise in: AIB 3 und 6/1986
- 6) Daten nach: FR, 17.7.1985 und 25.4.1986; AIB-Sonderheft 1/1983 zur BRD und Dritte Welt, S.40
- 7) Siehe: W. Olle, Bundesdeutsche Konzerne in der Dritten Welt, Bornheim 1986, S. 12ff. und F. Fröbel/J. Heinrichs/O. Kreye, Umbruch in der Weltwirtschaft, Reinbek 1986, S. 211ff.
- 8) Daten nach: Zivilcourage, Nr. 4/1985; Der Spiegel, 14.10.1985; epd-Entwicklungspolitik, Nr. 12/1985; ai-info, Nr. 8/1986 und BUKO (Hrsg.), Rüstungsexporte & politische Verantwortung, Bremen, September 1986, S. 7ff.
- 9) Nach: ebenda; AAB-Pressemitteilung, 18.9.1986
- 10) Siehe im Einzelnen: AIB-Sonderheft 2/1984, S. 19f.
- 11) Vgl. Zivilcourage, a.a.O. und R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht, Köln 1985, S. 163ff.
- 12) Wortlaut in: AIB-Sonderheft 2/1984, S. 41-44
- 13) Laut: FR, 7.11.1986

James Matthews

James Matthews ist einer der bekanntesten Lyriker und Erzähler des schwarzen Südafrika. Der Eindringlichkeit, mit der er den Überlebenskampf und die Hoffnung der Schwarzen in den Gettos von Kapstadt schildert, wird sich kaum jemand entziehen können.



Die Träume des David Patterson

David Patterson lebt mit seiner Familie in einem der schwarzen Gettos vor Kapstadt. Nachts arbeitet er als Telefonist, aber er lebt nur wirklich, wenn er schreiben kann. Die „liberale“ weiße Bohème ist inzwischen auf das neue Talent aufmerksam geworden.

Weltkreis-Verlags-GmbH
Postfach 789
4600 Dortmund 1

Roman, engl. Broschur, 18,80 DM


Weltkreis

Michael Mohnke

Entwicklungspolitik seit der Wende Warnkes „Neuorientierung“

Er, Julius K. Nyerere, sei überzeugt, daß die Mehrheit der westlichen Regierungen ihre wirtschaftliche Macht gezielt einsetze, um die Dritte Welt zu kontrollieren und auszubeuten.

Der Internationale Währungsfonds (IMF) werde als Instrument zur politischen Kontrolle über die Wirtschaft der armen Nationen benutzt. Und: „Sogar das ursprüngliche Konzept der Hilfe, ebenso wie ihr Umfang, werden unter Beschuß genommen.“

Daß der tansanische Ex-Präsident diese geharnischte Kritik während eines offiziellen Staatsbesuches in Bonn vortrug, ist kein Zufall. Seit das mit Entwicklungspolitik befaßte Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) im Zuge des Regierungswechsels im Herbst 1982 mit Gefolgsleuten von Franz-Josef Strauß besetzt wurde, rangiert auch in Bonn das expansive Selbstinteresse eindeutig vor dem Entwicklungsinteresse der Dritten Welt.

Nein zur „Tributpflicht“

Im letzten, dem sechsten Entwicklungspolitischen Bericht der Regierung Kohl vom März 1985, der erstmals durchgängig von konservativer Diktion gekennzeichnet ist, heißt es sogar, die Bundesregierung „lehnt die Unterstützung eines 'Rechts auf Entwicklung' als ein 'Recht der Völker und Staaten', wie es noch jüngst auf der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen von der Dritten Welt erneut gefordert worden ist, ab. Für die westlichen Industrieländer ist das Individuum Träger und Schutzobjekt der Menschenrechte und nicht ein wie auch immer definiertes Kollektiv“.

Die konservativsten Kräfte im Regierungslager wissen es jedenfalls zu schätzen, daß mit dem CSU-Politiker Jürgen Warnke einer der ihren an der Spitze eines Ministeriums steht, das die außenpolitischen Konturen der Bundesrepublik in einem wichtigen Bereich entscheidend mitbestimmt.

Diesen Anspruch, mit dem Instrumentarium des BMZ eine eigene Außenpolitik betreiben zu wollen, hat die CSU im Juni 1985 mit einem großen „Dritte-Welt-Kongreß“ der Hanns-Seidel-Stiftung in Hof bekräftigt. Der beherrschende Eindruck: Während das Auswärtige Amt unter Hans-Dietrich Genscher die

„außenpolitische Kontinuität“ der Bundesrepublik zumindest propagandistisch gewahrt sehen möchte, setzen die Konservativen im Bereich der Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik ihr Wende-konzept scheinbar in die Praxis um.

Bei dieser „dringend gebotenen, weltweiten Neuorientierung der Entwicklungspolitik“ (F.J. Strauß) wollen sie den wirtschaftlichen Eigennutzen des BRD-Kapitals und die Systemsicherungsinteressen des „freien Westens“ wieder ganz oben an stellen. Darüber vermögen eingängige Floskeln wie die von einer „Entkrampfung“ und „Entideologisierung“, von einem „neuen Realismus“, der in der Entwicklungspolitik Platz greifen müsse, nur schwer hinwegzutäuschen.

Im neuesten konzeptionellen Dokument, den am 19.3.1986 vom Kabinett verabschiedeten „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ (siehe Kasten), brachte J. Warnke die „entwicklungspolitische Neuorientierung“ so auf den Punkt:

„Wir leisten Entwicklungshilfe aus moralischer Verantwortung wie aus politischer und wirtschaftlicher Weitsicht, nicht aber ... als 'Tributpflicht'. Entwicklungspolitik ist keine Politik des schlechten Gewissens.“ Die „Hilfe zur Selbsthilfe“ aber könne nur „wirksam“ werden, sofern die damit bedachten Entwicklungsländer für stabile „marktwirtschaftliche“ Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen bürgten. Derart ausgeglichene Entwicklungsländer gelte es „besonders“ zu unterstützen.

Entwicklungshilfeminister Warnke im „marktwirtschaftlich“ vorbildlichen Sri Lanka



„Zum zweiten geht es um eine Verbesserung der Wirksamkeit der Hilfe.“ Und hier müsse der „Wahrung deutscher Interessen“ (Wirtschafts-, Außenpolitik) und der „Beschäftigungswirksamkeit für unsere Wirtschaft“, sprich den Exporteigeninteressen des BRD-Kapitals, wieder vorrangig zugeordnet werden. Im Grundlinientext selbst wird die vorrangige Ausrichtung der Entwicklungspolitik auf partnerschaftlichen „Interessenausgleich“, d.h. die „Respektierung“ der bundesdeutschen Eigeninteressen, hervorgekehrt.

Hinter diesen Worten verbirgt sich der radikale Bruch mit dem vorherigen sozialreformerischen Ansatz von Entwicklungshilfe seit der Ära Eppler 1968-74 (siehe AIB-Sonderheft 1/1983, S. 19-25). Denn die Ablehnung einer „Tributpflicht“ bedeutet nichts anderes als die Aufkündigung jener völkerrechtlichen Verpflichtung zur Wiedergutmachung der wirtschaftlich-sozialen Schäden, die den Entwicklungsländern durch Kolonialismus und Neokolonialismus zugefügt wurden, und für die die Entwicklungshilfe ohnehin nur einen höchst bescheidenen Ersatz darstellen konnte.

Die regierungsdominanten Unionsparteien wollen aufräumen, so Franz-Josef Strauß in Hof, mit der „Lebenslüge“ der Entwicklungshilfe, wonach „der angebliche Reichtum der Industriestaaten die wesentliche Ursache für die wirtschaftliche Schwäche und Armut der Dritten Welt“ sei. Ohne daß es den Reichen gut gehe, könne auch keine Entwicklungshilfe geleistet werden.

„Schulduweisungen“ seien fehl am Platze. Entscheidend für den „Wohlstand“ sei weniger die Hilfe, sondern daß die Entwicklungsländer sich endlich bereitfänden, die notwendigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen herzustellen, „die Freiheit der Investitionen, vor allem auch der privaten Direktinvestitionen“.

Folgerichtig rückt die staatliche Entwicklungshilfe in ihrem Stellenwert gegenüber privaten Kapitalaktivitäten ins zweite Glied.

Kein Wunder, daß die Rechtskoalition gleich nach ihrem Amtsantritt bestrebt war, diese Entwicklungshilfe durch einschneidende Kürzungen im Bereich der Verpflichtungsermächtigungen auf das „rechte Maß“ zurückzustutzen. Die „Ge-

samtleistungen" der BRD an Entwicklungsländer liegen heute sogar unter dem Niveau von Anfang der 80er Jahre.

Während das BMZ für das Jahr 1984 noch eine Nettosteigerung der Gesamtheit der öffentlichen und privaten Leistungen um 612 Mio auf 18,5 Mrd DM auswies, berechnete das angesehene Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) einen Rückgang um 240 Mio DM. Real, d.h. unter Berücksichtigung der Preissteigerungen, bedeutet dies 5% weniger als 1981. Im Jahr 1985 lagen die Gesamtleistungen der Entwicklungshilfe bei 16,9 Mrd DM, wovon der öffentliche Anteil 8,7 Mrd DM (Vorjahr 7,9 Mrd DM) ausmachte.

Nun profitierte das Privatkapital auch bislang schon kräftig an der staatlichen Entwicklungshilfe, die ja in vielen Fällen nichts anderes ist als die Übernahme von Investitionskosten, die ansonsten die Konzerne selber tragen müßten. Jetzt geht es aber um eine noch direktere Unterordnung unter die Bedürfnisse der privaten Kapitalexpansion. So fordert F.J. Strauß, „künftig einen weitaus größeren Anteil der öffentlichen Mittel als bisher zur Förderung privater Investitionen in Entwicklungsländern bereitzustellen“.

men in der Bundesrepublik Deutschland und in Entwicklungsländern zusammenzuführen“.

Auch mit einem Niederlassungs- und Technologieprogramm sollen bundesdeutsche Firmen zum Kapitalexport in die Dritte Welt animiert werden, indem der Bonner Staat bis zu 50% der vorgesehenen Investitionskosten in Form zinsgünstiger Kredite vorschießt.

Seit längerem schon unterstützt die bundeseigene DEG hiesige Privatunternehmen beim Erwerb von Beteiligungen an Industrieunternehmen in Entwicklungsländern. Hinzu kommt das inzwischen schon traditionelle Garantie- und Bürgschaftsinstrumentarium (Kapitalanlagegarantien, Hermes-Bürgschaften usw.), mit dem der Staat einen Teil des exportierten Privatkapitals gegen Verluste, Enteignungen und andere Risiken absichert.

Zu diesem staatlichen (oder besser: staatsmonopolistischen) Flankenschutz der privatkapitalistischen Expansion gehört auch ein Netz von sog. Investitionsförderungsverträgen. In ihnen haben sich inzwischen über 55 Entwicklungsländer verpflichtet, bundesdeutschen Kapitalinvestitionen diverse Vergünstigungen

DM (verglichen mit 2,3 Mrd DM im Jahr 1983).

Der Anteil der Direktinvestitionen in Entwicklungsländern an den jeweiligen gesamten Auslandsinvestitionen ist im Jahr 1984 auf 16,5% und im Jahr 1985 auf 5,5% (im Vergleich zu etwa 30% in den Vorjahren) gesunken, zugunsten eines Kapitalexportbooms in die USA und Westeuropa. Hauptverantwortlich für dieses „Tief“ bei den Direktinvestitionen in der Dritten Welt können nach konservativer Lesart somit nicht fehlende Fördermaßnahmen von Seiten der Bundesregierung sein, sondern die allgemeinen Verhältnisse in den Entwicklungsländern selbst, aufgrund derer die Konzerne vor politischen und wirtschaftlichen Risiken zurückscheuen.

Floskel „Politik-Dialog“

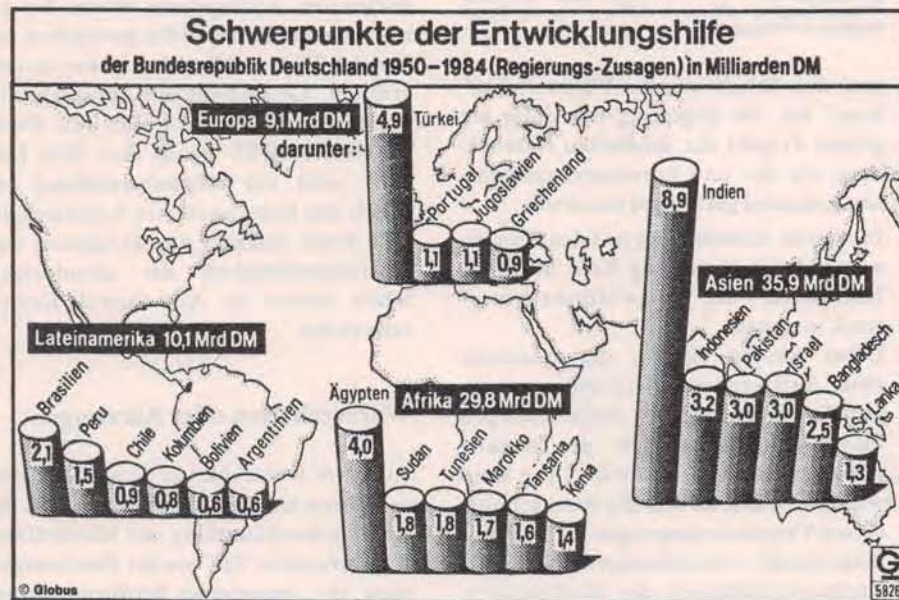
Genau hier besitzt eine weitere Neuerung der bundesdeutschen Entwicklungspolitik ihre systematische Bedeutung: der sog. Politik-Dialog, d.h. das „systematische Gespräch über die Rahmenbedingungen einer richtigen Politik“ (Warnke).

Seit der „Wende“ koppelt die Bundesregierung die Vergabe von Finanzmitteln im Rahmen der Entwicklungshilfe grundsätzlich an einen solchen „Dialog“. „Wichtige Gesichtspunkte für Projektvorbereitung und Durchführung“, so hebt die Bundesregierung im 6. Entwicklungspolitischen Bericht hervor, „sind u.a.: Berücksichtigung der Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer; Politikdialog und Koordinierung (mit anderen Geberländern; d. Verf.); Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und Unterstützung privatwirtschaftlicher Initiativen in Entwicklungsländern.“

Im Grunde genommen handelt es sich hier um die Übernahme des Konditionalitätsprinzips, wie es die Weltbank in die Entwicklungspolitik eingeführt hat. Auch die bilaterale Entwicklungshilfe soll so als Transmissionsriemen zur Durchsetzung einer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in den Zielländern genutzt werden, die mit den Idealen der Bonner Politiker im Einklang steht.

Die neue Projektpolitik wird natürlich hinter einem Nebelschleier von Phrasen wie „Effektivierung der Hilfe“ o.ä. getragen. Im Endeffekt geht es jedoch um eine Perfektionierung des Zusammenspiels von staatlicher Entwicklungshilfe und der Interessen der Privatindustrie.

Vor allem zeigt sich dies an der Wiedereinführung des Prinzips der Lieferbindung in die Entwicklungspolitik. Dies hat nicht nur den Aspekt, daß die Emp-



Einiges in diese Richtung hat das Warnke-Ministerium schon bewegt.

Zur „Förderung von Vorhaben der privaten Wirtschaft in Entwicklungsländern“ – wie das BMZ vornehm formuliert – gehört eine breite Palette von Maßnahmen: Neu ins Leben gerufen wurden ein Programm zur Förderung betrieblicher Kooperation und ein Senior-Experten-Service der Wirtschaft. Ihre Aufgabe besteht – wie offiziell formuliert wird – darin, „in den Entwicklungsländern eine möglichst breite Schicht 'mittelständischer' Unternehmen als Fundament eines gesunden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprozesses zu bilden“ und „kleinere und mittlere Unterneh-

steuerlicher und sonstiger Art zu gewähren, einen freien Profittransfer zu garantieren und von Enteignungsmaßnahmen abzusehen.

Aller staatlichen Rückendeckung zum Trotz und entgegen der drängenden Appelle der Regierung Kohl zur Verstärkung der privaten Direktinvestitionen in Entwicklungsländern ist die Bereitschaft der Privatwirtschaft zu Kapitalanlagen in der Dritten Welt gegenwärtig jedoch im Sinken begriffen. Berechnet nach den Angaben der Deutschen Bundesbank investierten die bundesdeutschen Konzerne im Jahr 1984 gerade noch knapp 1,6 Mrd DM in diesen Regionen (ohne Südafrika), im Jahr 1985 nurmehr 624 Mio

Sonderausgabe
Nummer 200

links

Sozialistische Zeitung



- seit 1969
- das Forum der Neuen Linken
- 56 Seiten, Großformat
- DM 6,- (zuzgl. Porto)
- herausgegeben vom Sozialistischen Büro

November '86:
Die alte „Neue Linke“ diskutiert
über „Sozialismus und Reformismus“

Beiträge von:

Agnoli, Altwater, Anders, Becker,
Claussen, Damus, Dirks, Drewitz,
Flechtheim, Haug, Heinrich, Hickel,
Jungk, Klönne, Kofler, Parin, Rabehl,
Schauer, Schmiederer, Seifert,
Voigt u. a.

außerdem in dieser Nummer:

Bayern (H. Bänmer), Bundesversamm-
lung der Grünen (H. Wiesenthal),
Österreich (L. Spira), Terrorismus
in Frankreich (R. Mohr), Industriel-
le Selbstverwaltung in Spanien
(H. Köhler) u. v. a.

erhältlich
im linken Buchhandel

oder über
Verlag 2000
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach

Bestellungen nur gegen Vorauskasse
DM 7,- (incl. DM 1,- Porto)

fängerländer die erhaltenen Kredite und Zuschüsse in vollem Umfang zum Einkauf von Waren und Dienstleistungen bei bundesdeutschen Konzernen ausgeben müssen. Die Privatindustrie wirkt ihrerseits auf die Projektpolitik ein und beeinflusst so entscheidend die Qualität der Bonner „Hilfe“.

So bescheinigte der Vorstandsvorsitzende des Siemenskonzerns dem Warnke-BMZ eine „generelle Aufgeschlossenheit“ bei der Vermittlung hochmoderner Telefentechnik an Pakistan, die „ein wesentliches Element für die Förderung



Warnke-Vorgänger Offergeld (SPD) vor einem Porträt Sandinos in Nicaragua

und den Erhalt unserer Weltmarktstellung“ sei. Im Gegenzug war dafür ein großes Projekt der ländlichen Entwicklung, ein Be- und Entwässerungsvorhaben, ersatzlos gestrichen worden.

In engster Abstimmung mit den Konzernen hat die Regierung Kohl auch das Instrument der „Mischfinanzierung“ stark ausgebaut.

Dabei werden Gelder, die ansonsten ohne Auflagen und zu besonders günstigen Zinssätzen vergeben werden, mit privaten Geschäftskrediten der Banken (Exportkrediten) „gemischt“. Die Konsequenz: Während sich die durchschnittlichen Vergabebedingungen für die Empfängerländer verschlechtern, wird die Konkurrenzfähigkeit der Großindustrie verbessert.

Denn im Verbund der beiden Kredittypen werden die Zinsen der kommerziellen Exportkredite automatisch unter die Marge normaler Exportkredite gedrückt. Und bei der international hart umkämpften Vergabe von Großprojekten an einzelne Konzerne wird – wie der Vorstandsvorsitzende des Siemenskonzerns dankbar an Warnke schrieb – „meist über die Finanzierung entschieden“.

Inzwischen handelt es sich bei fast der Hälfte aller bundesdeutschen Kreditvergaben im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe um derartige Mischfinanzierungen. Im Gefolg dieser Praxis ging nicht nur der Anteil der Projekte im Be-

reich der „ländlichen Entwicklung“ und der „Grundbedürfnisbefriedigung“, die die Bundesregierung gerne als den eigentlichen Schwerpunkt ihrer Entwicklungspolitik ausgibt, einschneidend zurück. Auch regional hat sich das Gewicht einiger weniger Großkunden der Bonner Entwicklungshilfe (z.B. Indien, Ägypten, Pakistan, Indonesien usw.) weiter erhöht, und zwar zuungunsten der ärmsten Entwicklungsländer (LLDC). Wer heute in den „Genuß“ der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik kommt, das entscheidet sich freilich nicht nur an Hand der Prioritäten der hiesigen Exportindustrie. Staaten, die sich „hämisch über amerikanische Sicherheitsprobleme hinwegsetzen“, die sich „zum Bannerträger der sowjetischen Hegemonialstrategie machen“, können – nach Warnke – keinerlei Entwicklungshilfe aus Bonn erwarten. Aus diesem Grund sperrte die Bundesregierung beispielsweise 1984 Zusagen von über 40 Mio DM an das sandinistische Nicaragua (siehe Kasten). Zuverlässige Verbündete werden hingegen auch dann mit Geldmitteln bedacht, wenn sie wegen krasser Menschenrechtsverletzungen und Morde auf der internationalen Anklagebank sitzen. So gehört die Bundesrepublik inzwischen neben den USA und Großbritannien zu den größten Geldgebern des Völkermordregimes in El Salvador. Ein Teil dieser Mittel (1984/85 waren dies 98,6 Mio DM) wird zur Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Infrastruktur und somit indirekt zur Steigerung der Operationsfähigkeit der salvadorianischen Armee im Anti-Guerilla-Kampf verwendet.

Wohlverhalten oder Kürzungen

Auch im benachbarten Guatemala sind von Bonn mitfinanzierte Projekte in die Aufstandsbekämpfung der Militärdiktatur einverleibt. Ein von der Bundesregierung als „integriertes Ernährungssicherungsprogramm“ angepriesenes „Food-for-Work“-Vorhaben etwa entpuppte sich als ein Projekt, „wo die Armee Zwangsarbeit organisiert und die Bauern mit Lebensmitteln, die von der deutschen Bundesregierung finanziert werden, arbeitsfähig erhält“ (so die guatemaltekeische Nachrichtenagentur ENFO-PRENSA).

Für das Jahr 1986 stellte das BMZ der christdemokratischen Regierung Cerezo 10,6 Mio DM aus dem Entwicklungshilfeeat für Polizeihilfe bereit. Und dies, obgleich Folter und Menschenrechtsverletzungen auch nach der Ablösung der Militärdiktatur (Januar 1986) andauern. Länder, die sich nicht eindeutig prowestlich verhalten, mußten teilweise emp-

findliche Kürzungen ihrer entwicklungs- politischen Zuwendungen aus Bonn hin- nehmen.

Die Entwicklungshilfe-Zusagen für Tan- zania, das Warnke großzügigerweise mit einem Besuch bedachte, wurden gleich nach der „Wende“ von 100 auf 30 Mio DM pro Jahr reduziert. Auf über 70 Mio DM (1984/85) ausgeweitet wurden dage- gen die Zusagen für das mit F.J. Strauß freundschaftlich verbundene Regime Togos, dem die Bundesregierung in ih- rem neuesten Entwicklungspolitischen Bericht eine vorbildliche Befolgung der IMF- und Weltbank-Auflagen beschei-

nigt.

Gekürzt wurden hingegen auch die Ent- wicklungshilfeszusagen für die Konfliktanrainer im Südlichen Afrika wie Zimbabwe, Sambia, Botswana und Lesotho. In einigen dieser Länder enga- giert sich Bonn ohnehin nur deshalb mit eher symbolisch gemeinten Beträgen, weil man (wie im Falle Zimbabwes) ei- nen wichtigen Auslandsmarkt nicht der Konkurrenz überlassen oder (wie im Fal- le Moçambiques) für den Fall weiterer Annäherungen an den Westen schon ei- nen Fuß in der Tür haben will.

Alles dies fügt sich mit anderen Ein-

schnitten in das bisherige System der Bonner Entwicklungspolitik – etwa der kürzlich erfolgten Gleichschaltung des bislang noch relativ eigenständigen Deut- schen Entwicklungsdienstes (DED) – zusammen zu einer reaktionären Aus- formung neokolonialistischer Macht- politik. „Entwicklungshilfe“ fungiert hier ungeschminkt als Abwehrinstru- ment gegen „sowjetische Herausforde- rungen“ (Strauß), im Klartext: gegen sozialrevolutionäre Befreiungsbewegun- gen in der Dritten Welt, als Finanzie- rungsinstrument der bundesdeutschen Kapital- und Warenexporte im Konkur-

Jürgen Warnke Grundlinien der Entwicklungspolitik

Seit rund 30 Jahren wird international Ent- wicklungshilfe geleistet. (...) Das Bundes- kabinett hat am 19. März 1986 neue „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ beschlossen. Sie sind Er- gebnis und Ausdruck der entwicklungs- politischen Neuorientierung in den letzten Jahren. Diese Neuorientierung war notwendig und möglich, weil sich das entwicklungs- politische Umfeld in der ersten Hälfte der 80er Jahre verändert hat durch

- die Verschuldung zahlreicher Entwick- lungsländer;
- die wirtschaftliche Dauerkrise in Afrika südlich der Sahara;
- die internationale Ernüchterung, zuneh- mende Skepsis gegenüber globalen Lösungs- möglichkeiten bei der Bewältigung der Pro- bleme der Entwicklungsländer, aber auch die wachsende Bereitschaft der Entwick- lungsländer zu wirtschaftspolitischen Reformen. Kern der Neuorientierung ist erstens die Klarstellung: Wir leisten Entwicklungshilfe aus moralischer Verantwortung wie aus poli- tischer und wirtschaftlicher Weitsicht, nicht aber – wie dies auch der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für wirt- schaftliche Zusammenarbeit formuliert hat – als „Tributpflicht“. Entwicklungspolitik

ist keine Politik des schlechten Gewissens.

Die Ziele der Entwicklung und des damit verbundenen kulturellen Wandels können nicht von außen vorgegeben werden. Ent- wicklung kann nur durch die Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Menschen in den Entwicklungsländern erfolgen. Entwick- lungshilfe ist deshalb Hilfe zur Selbsthilfe. Diese Hilfe wird auf drei Feldern geleistet: – bei der Sicherung der elementaren Le- bensvoraussetzungen, also Kampf gegen Hunger und Armut; diese Hilfe geht an die ärmsten Bevölkerungsschichten; – beim Aufbau leistungsfähiger Wirtschaf- ten und gesellschaftlicher Vielfalt als Vor- aussetzung für eine Entwicklung aus eigener Kraft; – bei der regionalen Zusammenarbeit von Entwicklungsländern und bei ihrer Integra- tion in die Weltwirtschaft.

Diese Hilfe kann nur wirksam werden, wenn die Entwicklungsländer als Rahmenbedin- gungen Wirtschafts- und Gesellschafts- ordnungen schaffen, die den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Fähigkeiten zu ent- falten. Die Erfahrung zeigt, daß diese Vor- aussetzungen am ehesten in einer stabilen rechtlichen und institutionellen Ordnung

mit marktwirtschaftlichen Elementen und Leistungsanreizen gegeben sind. (...)

Zum zweiten geht es um eine Verbesserung der Wirksamkeit der Hilfe. Auch in den Grundlinien haben wir herausgestellt: Noch immer wird international zu viel vergeudet. Die Verbesserung der Wirksamkeit erfolgt

- durch den Politikdialog mit dem jewei- ligen Entwicklungsland
- durch eine verbesserte Abstimmung mit anderen Gebern
- durch eine Verstärkung der Erfolgskontrolle.

Eine zentrale, aber in der Vergangenheit nur unzureichend verwirklichte Aufgabe der Entwicklungshilfe ist es, die ärmsten Bevöl- kerungsschichten zu erreichen. Auch diese Hilfe muß Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die Bun- desregierung ergreift deshalb in Zusammen- arbeit mit selbsthilfeeffahrenen nichtstaat- lichen Organisationen Maßnahmen, um das Instrumentarium zur Förderung von Selbst- hilfegruppen und Selbsthilfeeinrichtungen zu verbessern und zu erweitern. Sie wird gleichzeitig im Rahmen des Politikdialogs mit den Regierungen der Entwicklungslän- der darauf hinwirken, bessere Rahmenbedin- gungen für die Selbsthilfe zu schaffen.

Die Entwicklungspolitik unterliegt ebenso wie die anderen Politikbereiche dem grund- gesetzlichen Auftrag, dem deutschen Volk zu nutzen und Schaden von ihm abzuwen- den.

Das heißt zum einen: Entwicklungspolitik ist eingeordnet unter das Oberziel aller deut- schen Politik, den Frieden zu erhalten. Sie fördert die Kräfte des Ausgleichs und wider- setzt sich gewaltsamen Lösungen.

Das heißt zum anderen: Das vorrangige Ziel, zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt beizutragen, steht nicht im Widerspruch zur Außenpolitik und zur Wirtschaftspolitik. Die Wahrung deutscher Interessen braucht keineswegs im Gegensatz zu den Interessen der Entwicklungsländer zu stehen. In allen entwicklungs- politisch geeigneten Fällen, in denen Lieferungen aus Industrieländern er- forderlich sind, achtet die Bundesregierung auf Beschäftigungswirksamkeit für unsere Wirtschaft und unsere Arbeitnehmer. Es ge- hört zu unseren legitimen eigenen Interes- sen, daß mit den Mitteln unserer Steuerzah- ler nicht über Entwicklungshilfe Wettbewer- ber aus anderen Industrieländern begünstigt werden.

Die neuen Grundlinien wenden sich gegen den in jüngster Zeit zur Mode gewordenen Hilfedesismus. Sie zeigen Erfolge auf, die in der Vergangenheit erreicht wurden, ohne Fehler bei Gebern und Nehmern zu ver- schweigen. (...)

(Quelle: BMZ (Hrsg.), Grundlinien der Ent- wicklungspolitik der Bundesregierung. Vor- wort, Bonn, April 1986, S. 5-7)



Er gehört zu Warnkes bevorzugten Entwicklungshilfempängern: christdemokratischer Präsident Duarte (r.) des salvado- nianischen Völkermordregimes

renzkampf mit anderen Westmächten sowie als Instrument zur Heranzüchtung einer verlässlichen politischen Klientel in den Zielländern.

Selbstverständlich betonen die Konservativen auch in der Entwicklungspolitik die Notwendigkeit von „weniger Staat“ und „mehr Privatinitiative“. Die Forderung des Altmonetaristen von Hayek, den Regierungen in den Entwicklungsländern keinen Pfennig zu leihen und stattdessen alles zu tun, um privates Investitionskapital in diese Länder zu locken, bleibt freilich eine ideologische Projektion mit wenig Realitätsgehalt.

Schließlich bedarf das Monopolkapital heute zur Realisierung seiner neokolonialen Expansionsziele mehr denn je der staatsmonopolistischen Krücken. Die Übernahme einer Verpflichtung zu echter Hilfe, wie sie international heute auch von Bonn gefordert ist, bleibt damit jedoch weitestgehend unvereinbar. So wird denn auch mit der Dritten Welt, wo Hunger eine Massenerscheinung mit oftmals tödlichen Folgen ist, nach der Devise verfahren: „Jeder ist seines Glückes eigener Schmied!“ Denn, so Warnke: „Wir alle haben in der Vergangenheit über unsere Verhältnisse gelebt, wenn auch auf völlig unterschiedlichem Niveau.“ Und: „Jeder muß zunächst sein eigenes Haus in Ordnung bringen, um wieder ein solides Fundament für Wachstum und Entwicklung zu schaffen.“

So haben sich denn auch die einst von sozialdemokratischen Entwicklungsministern umworbenen „Habenichtse“ mit der neuen Realität abzufinden, die die berühmte Heritage-Foundation jüngst auf die zynische Formel gebracht hat: Wer in der Welt des freien Unternehmertums nicht fähig ist, sein eigenes Überleben zu organisieren, ist eines Lebensrechts nicht wert! Die Bereitschaft zu mildtätigen Caritas-Aktionen in Notzeiten bleibt von alledem selbstverständlich unberührt.



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**



Unsere Autoren auf der Kölner Verschuldungskonferenz

Wirtschaftsexpansion der BRD und Verschuldungskrise

Der Umstand, daß die Bundesrepublik schon seit nunmehr über 20 Jahren zur zweitstärksten Handelsmacht auf dem kapitalistischen Weltmarkt und hier sogar zum größten Exporteur von Industriewaren sowie zum drittgrößten Kapitalexporteur aufgestiegen ist, hat in vielerlei Hinsicht große Bedeutung.

Diese Tatsache hat neben ihrer innenpolitischen und binnenökonomischen Dimension vor allem auch Gewicht für das außenpolitische Auftreten der BRD und ihren Einfluß sowohl gegenüber anderen imperialistischen Ländern wie auch gegenüber Ländern der sog. Dritten Welt. Ein Land, das – wie die BRD – eine so starke außenwirtschaftliche Verflechtung aufweist und ein so hohes Gewicht für den kapitalistischen Weltmarkt hat, muß per se eine erhebliche Bedeutung für die Dritte Welt haben – auch dann, wenn die Schwerpunkte der BRD-Außenwirtschaftsexpansion vor allem bei den entwickelten kapitalistischen Ländern liegen.

Dies ist in letzter Zeit möglicherweise dadurch noch zusätzlich verschleiert worden, daß spätestens seit der Wende mit der Rechtskoalition die Bonner Dritte-Welt-Politik auf eigenständige Profilierungen und Akzentsetzungen fast vollständig verzichtet und sich noch eindeutiger hinter die roll-back eingestellte US-Politik stellt bzw. diese nachdrücklich unterstützt. Deshalb scheint es um so notwendiger zu sein, in Erinnerung zu rufen, wie sehr auch der BRD-Kapitalismus von der beste-

henden Struktur der internationalen Arbeitsteilung, darin eingeschlossen die ungleiche und abhängige wirtschaftliche Stellung der Entwicklungsländer, profitiert.

Zum anderen macht die hohe Sensibilität der Bundesregierung gegenüber verschiedenen Vorschlägen der Veränderung des bestehenden Weltwirtschaftssystems – etwa im Zusammenhang mit der Verschuldungskrise der Dritten Welt – deutlich, daß im außenwirtschaftlichen Bereich zu Recht einerseits zusätzliche Profitquellen gesehen, andererseits diese als besonders gefährdet und prekär eingestuft werden.

Haupthandelspartner sind die Schwellenländer

Im Unterschied zu Frankreich und Großbritannien war für die BRD (und schon für das Deutsche Reich) der Außenhandel mit der Dritten Welt eindeutig weniger bedeutsam als der mit den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern. Dies hängt zweifellos mit dem frühen Verlust der deutschen Kolonien und der stark auf Investitionsgüter ausgerichteten Produktionsstruktur des deutschen Imperialismus zusammen.

Gleichwohl kann konstatiert werden, daß der Anteil der Exporte in außer-europäische Entwicklungsländer am gesamten westdeutschen Warenexport, der in den 60er Jahren beständig gefal-

len war, seit Beginn der 70er Jahre deutlich zugenommen hatte. Er stieg von knapp 12% im Jahre 1973 auf gut 17% in den Jahren 1981/82 an. Seither ist allerdings der Anteil der Exporte in die Entwicklungsländer nicht nur relativ gesunken, sondern er hat sogar auch absolute Rückgänge zu verzeichnen. Sicherlich ist diese Tendenz auf die drastischen Importreduktionen wichtiger Abnehmerländer im Gefolge der Verschuldungskrise zurückzuführen.

Dabei ist zu beachten, daß der Handelsaustausch der BRD sich auf einige relativ fortgeschrittene Entwicklungsländer (sog. Schwellenländer) konzentriert. Fast 80% des Warenaustausches mit der Dritten Welt werden mit etwa 20 Ländern abgewickelt. Gerade mit diesen realisieren sich schon bestimmte Elemente einer neuen internationalen Arbeitsteilung, bei der die BRD technologieintensive Konsumgüter und Investitionsgüter gegen relativ arbeits- und rohstoffintensive sowie mit großer Umweltverschmutzung produzierte industrielle Fertigwaren tauscht.

So ist es in diesem Zusammenhang zweifellos interessant festzustellen, daß schon 1981 über 50% der Warenimporte der BRD aus außereuropäischen Entwicklungsländern aus industriellen Fertigwaren (hauptsächlich Bekleidungs-, Nahrungs-, Genuß- und Textilprodukte) bestanden, wobei auch hier große regionale Differenzierungen vorkamen. Die Tatsache, daß der entsprechende Wert (Prozentanteil der industriellen Importe an den gesamten Importen aus der Dritten Welt) bei Asien ca. 75% war, bei Afrika und Lateinamerika bei 26 bzw. 22% lag, verweist darauf, daß die sog. ostasiatischen Schwellenländer (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur) am stärksten diese neue internationale Arbeitsteilung vollzogen haben.

Bleibt noch hinzuzufügen, daß dies zu einem erheblichen Teil unter der Regie transnationaler Konzerne geschah und ein beträchtlicher Teil der industriellen Importe aus Entwicklungsländern aus Importen der Auslagerungsindustrien bzw. konzerninternem Warenaustausch besteht.

Unabhängig von diesen Tendenzen steht die hochgradige Angewiesenheit der BRD, Rohstoffe zu importieren.

Anfang der 80er Jahre kamen rund 64% dieser Rohstoffeinfuhren aus der Dritten Welt. Besonders hoch ist der Dritte-Welt-Anteil bei Erdöl (wenn auch infolge des britischen und norwegischen Nordsee-Öls mit sinkender Tendenz), bei verschiedenen Mineralien (Kupfererze, Rohzinn, Eisenerz, Wolfram, Bauxit — zu ca. 58 bis 90% aus der Dritten Welt) und natürlich bei allen tropischen Genußmitteln.

Tabelle 1
Direktinvestitionen neokolonialer Hauptmächte
Geschätzter Bestand an Direktinvestitionen in Entwicklungsländern nach den wichtigsten Ursprungsländern, 1970 und 1981

Land	in Mio Dollar		in % des Gesamtbestandes	
	1970	1981	1970	1981
USA	22.300	63.118	52	48
Großbritannien	5.912	14.713	14	11
BRD	1.942	11.590	4	9
Japan	1.218	11.022 ¹	3	8
Frankreich	3.832	8.674	9	7
Niederlande	2.247	5.089	4	4
Italien	1.245	3.584	3	3
Kanada	1.659	4.693	4	3
Alle DAC-Länder	42.712	131.252 ¹	100	100

1) Exklusive öffentliche Unterstützungszahlungen für private Investoren (ca. 6 Mrd Dollar)

Allerdings wird diese Rohstoffabhängigkeit dadurch konterkariert, daß die Rohstofflieferanten aus der Dritten Welt eine strukturell unterlegene Position einnehmen: Angewiesen sein auf den Export eines oder zweier Rohstoffe, der Zwang zur Exportsteigerung, der langfristige Verfall der meisten Rohstoffpreise (worin sich strukturelle Produktionsbedingungen und Unterschiede in der Marktvermachtung reflektieren) haben dazu geführt, daß die BRD langfristig (sieht man von einigen Jahreschwankungen wie z.B. 1973/74 ab) von der allgemeinen Entwicklung der terms of trade, dem Verhältnis der Einfuhr- zu den Ausfuhrpreisen, erheblich profitiert hat. Das gilt z.B. auch für die Periode 1980-86, in der die Ausfuhrpreise um ca. 10% schneller als die Einfuhrpreise gestiegen sind.¹

Das bedeutet, daß — bei gleicher Zu-

sammensetzung des Import- und Exportsortiments — die BRD-Importeure für die gleichen Güter weniger Devisen erzielen konnten. Bei einer Berechnung der speziellen terms of trade im Außenhandel zwischen BRD und Ländern der Dritten Welt ließe sich zweifellos eine strukturelle Benachteiligung der Länder der Dritten Welt nachweisen und wahrscheinlich zeigen, daß sich die entsprechenden Verluste der Dritte-Welt-Länder auf ein Vielfaches der öffentlichen Entwicklungshilfe belaufen.

Die ausländischen Direktinvestitionen (siehe Tabellen 1 und 2) der Bundesrepublik Deutschland sind ein weiteres Feld der Außenwirtschaftsexpansion. Ihr jeweils zu bestimmten Zeitpunkten sprunghafter Anstieg deutet auf krisenhafte Überakkumulationstendenzen hin. „Nachdem sich die Direktinvestitionen bis Mitte der 60er Jahre auf re-

Tabelle 2
BRD-Direktinvestitionen
Direktinvestitionen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland, in Mio DM

	Bestand	v.H.	Zunahme		Bestand
	1983 ¹		1971-1983	1983	
Insgesamt	101.585,0	100,0	80.471,8	7.837,6	145.445
Kap. Industrieländer	75.530,8	74,4	60.630,1	5.502,7	113.916
Entwicklungsländer	25.989,8	25,6	19.777,5	2.331,4	20.749
Nach ausgewählten Branchen					
Chemische Industrie	13.864,9	13,6	8.654,8	906,2	23.453
Elektrotechn. Ind.	9.456,3	9,3	6.977,7	648,7	10.548
Straßenfahrzeugbau	8.839,8	8,7	6.938,7	1.368,6	9.079
Maschinenbau	8.290,6	8,2	6.803,9	1.048,6	5.746
Mineralölverarbeitung und -absatz	6.178,3	6,1	5.227,9	359,8	—
Eisen- und Stahlind.	5.850,7	5,8	4.704,6	-671,9	1.948
Banken u. Versicher.	15.678,5	15,4	14.364,7	2.067,5	8.021

1) Kumulierte jährliche Transaktionswerte seit 1952

(Quelle: R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, Köln 1985, S.91 und 84 und Beilage zu Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Nr. 2, Februar 1986, S.23)

- Anzeige -

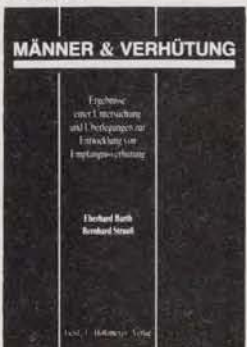


Wolfgang Friederich, Dieter Schnack,
Melitta Walter

Schwangerer Mann - was nun?

136 Seiten

DM 17,50



Eberhard Barth, Bernhard Strauß

Männer & Verhütung

104 Seiten

DM 24,80



Jürgen Heinrichs (Hrsg.)

Vergewaltigung - die Opfer und die Täter

220 Seiten

DM 29,50



Theo Sandfort

Pädophile Erlebnisse

136 Seiten

DM 26,80

Gerd J. Holtzmeier Verlag

lativ niedrigem Niveau von rund 1 Mrd DM pro Jahr bewegt hatten, stiegen sie im Gefolge der ersten spürbaren Nachkriegsrezession 1966/77 stark an. Zwischen 1967 und 1972 wurden jährlich zwischen 2 und 2,5 Mrd DM an Direktinvestitionen im Ausland getätigt, während sich dieses Niveau zwischen 1973/74 nochmals auf jährlich 5 Mrd DM steigert. In der Wirtschaftskrise Anfang der 80er Jahre erreichen die Direktinvestitionen dann mit rund 10 Mrd DM pro Jahr ihren bisherigen Höchststand."²

Insgesamt dürfte der Bestand an Auslandskapital mittlerweile bei ca. 140-150 Mrd DM liegen, wovon ca. 25-20% in den Entwicklungsländern angelegt worden ist. In den letzten Jahren läßt sich eine Anteilsverringerung der Entwicklungsländer als Anlagefeld konstatieren.

Bemerkenswert ist außerdem, daß insbesondere in den letzten Jahren seit 1981 die langfristige Kapitalanlage in ausländischen Wertpapieren die Summe der Direktinvestitionen mittlerweile erheblich übersteigt. So z.B. betrug 1985 der Teil des langfristigen Kapitalexports, der in ausländische Wertpapiere floß, ca. 31 Mrd DM, während die Direktinvestitionen knapp 11 Mrd DM ausmachten.³

Anschwellen der Kapitalrückflüsse

Allerdings sind in mancher Hinsicht die Auslandsanlagen in der Dritten Welt bedeutsamer, als ihr Anteil an den gesamten Kapitalanlagen vermuten läßt. Anfang der 80er Jahre waren in bundesdeutschen Auslandsunternehmen der Dritten Welt ca. 1/3 aller im Ausland Beschäftigten konzentriert, obwohl der Anteil der Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern wesentlich geringer war.

Dies verweist darauf, daß in der Tat die Arbeits- und Fertigungsprozesse von Tochtergesellschaften westdeutscher Konzerne in der Dritten Welt im Durchschnitt arbeitsintensiver als in den Industrieländern sind. Diese Disproportion in bezug von Beschäftigten und Kapitalanlagebestand ist bei einzelnen Großkonzernen (VW, Siemens usw.) besonders auffallend.

Neben der Lohnkostensparnis bei Beschäftigung billiger Arbeitskräfte in der Dritten Welt sind andere Motive der Außenexpansion des westdeutschen Großkapitals gelegentlich nicht weniger wichtig: Sicherung von Auslandsmärkten, Umgehung von Umweltschutzaufgaben, Sicherung von Rohstoffquellen, Ersparung von Transportkosten usw. Charakteristisch für die westdeutschen Auslandsinvestitionen in der Dritten

Welt ist ferner ihre hohe Konzentration auf einige wenige Branchen und die hohe Konzentration auf die führenden westdeutschen Monopole, von denen die 40 Erstplazierten ca. 70-80% aller Auslandsaktivitäten bestreiten.

Siemens in Indien, dem asiatischen Hauptanlageland des weltweit umsatzstärksten BRD-Konzerns. 54 seiner Weltfabriken stehen in der Dritten Welt



In bezug auf die Beurteilung der Auswirkungen der Direktinvestitionen auf die unterentwickelten Länder ist selbst bei bürgerlichen Institutionen oder Autoren, teilweise auch bei der Regierungspropaganda, ein vorsichtiger Tenor - gegenüber früheren Lesarten von „privater Hilfe“, „dem besten Beitrag zur Entwicklung“ usw. - zu verspüren. Zwar läßt sich bei den meisten Direktinvestitionen nicht leugnen, daß (sofern es sich nicht bloß um Aufkauf vorhandener Betriebe handelt) durch sie eine Produktionserweiterung und eine gewisse Produktivkraftsteigerung eintritt.

Doch stehen diese an sich positiven Elemente in keinem Verhältnis zu den negativen und ausbeuterischen Momenten der ausländischen Direktinvestitionen, die sich letztlich aus der untergeordneten Stellung der Entwicklungsländer und den dortigen ungünstigen Rahmenbedingungen für eine kontinuierliche, auf einen inneren Massenmarkt hin orientierte Kapitalakkumulation herleiten lassen.

Allgemein läßt sich wohl behaupten, daß auch die westdeutschen Investitionen nur zu einer einseitigen Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsstruktur beitragen, die an den grundlegenden Massenbedürfnissen und Produktionsmöglichkeiten der jeweiligen Zielländer vorbeigeht.

Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Rechnung

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

AIB-Sonderheft 1/1987

Nicaragua

Anfang Januar 1987 erscheint ein AIB-Sonderheft zu Nicaragua (32 S., 2,50 DM).

Dieses Heft gibt einen Überblick über die gesamte Nicaragua-Problematik. Es ist auch wegen seines niedrigen Preises gut geeignet für den Verkauf bei Veranstaltungen und an Büchertischen.



Themen:

- Die vielen Gleise der US-Intervention
- Die strategische Niederlage der Contra
- Damoklesschwert Wirtschaftskrise
- Die sozialen Errungenschaften der Revolution
- Die Contra in der Kirche
- Verfassungsgebung und Demokratie
- Wer verletzt die Menschenrechte?
- Der Selbstmord von La Prensa
- Interview mit Sergio Ramirez
- Die Bonner Interventions-Komplizen
- Brigaden, Städtepartnerschaften, Solidarität

Jetzt vorbestellen!

Benutzen Sie bitte die Bestellkarte!

Bitte mit
Postkartporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag
Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

12/86

Unsere Buchgeschenke

Wer uns einen neuen Abonnenten nennt oder das AIB verschenkt, erhält eins der unten aufgeführten Bücher nach Wahl. Das Buch wird bei Erteilung einer Abbuchungsvollmacht sofort ausgeliefert oder nach Bezahlung des Abopreises von 33 DM.

- Bahrmann/Jacobs/Links, Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra, WKV, 216 S., 16,80 DM
- Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, WKV, 296 S., 16,80 DM
- Ege/Ostrowsky, Ronald Reagan. Biographie, PRV, 336 S., 16,80 DM
- R. Falk, Nelson Mandela. Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen, PRV, 288 S., 12,80 DM
- R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, PRV, 224 S., 14,80 DM
- R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, PRV, 220 S., 14,80 DM
- B. Graul, Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua, WKV, 224 S., 14,80 DM
- H.E. Gross, Guatemala, WKV, 248 S., 14,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Der neue Mensch, WKV, 192 S., 12,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Guerillakampf und Befreiungsbewegung, WKV, 216 S., 14,80 DM
- Nelson Mandela, Der Kampf ist mein Leben, WKV, 416 S., 18 DM
- J. Matthews, Die Träume des David Patterson. Roman, WKV, 362 S., 16,80 DM
- L. Otero, Stadt im Feuer, Roman, WKV, 384 S., 16,80 DM
- E. Reimann, Ich war ein Contra, PRV, 120 S., 9,80 DM
- Vukani - Makhosikazi, Frauen in Südafrika, PRV, 288 S., 16,80 DM
- Ziegler/Popow, Ändere die Welt, sie braucht es. Ein Dialog zwischen Ost und West, PRV, 232 S., 14,80 DM

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.



Gegen die US-Intervention

Regelmäßig Kaffee aus Nicaragua trinken — ein einfacher Weg der praktischen Solidarität!

Kaffee-abo

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle — und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich — direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen — und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3/6/9/... Pfund) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel.: 069/778863).

VERTRAUENSGARANTIE: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3. Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

AIB-Geschenkabo

Ja, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab verschenken.

- befristet für ein Jahr
 unbefristet*

* Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

Bank/Geldinstitut _____ Ort _____

- Rechnung

Datum _____ Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

12 / 86

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1



Absender:

Neuer Preis: 45,- DM

Ich bestelle hiermit ein Solidaritätsabonnement Nicaragua-Kaffee. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3 Pfund zum Preis von DM 50,- incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Dieser Preis ist für mindestens 2 Monate ab Bestellung garantiert. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Überweisung/Scheck/Lastschrift.

Ort/Datum

Unterschrift

VERTRAUENS GARANTIE: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solidshop 3. Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Ort/Datum

Unterschrift

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

POSTKARTE

An

Solidaritätsshop

Dritte Welt

Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90



Die meisten Investitionen und Produktarten der westdeutschen Konzerne knüpfen an die in der Regel hohe Einkommenspolarisierung in den Entwicklungsländern an. Und sie produzieren sehr häufig vorzugsweise langlebige Konsumgüter für den „gehobenen Bedarf“, d.h. für die zahlungskräftigsten Schichten. Hierdurch werden knappe Ressourcen nicht nur fixiert und in gewisser Weise vergeudet, sondern es entstehen hierdurch auch nur relativ geringe Einkommens- und Beschäftigungseffekte.

Vor allem aber muß das Argument, die Privatinvestitionen stellten einen zusätzlichen Fonds der Kapitalbildung dar, zurückgewiesen werden. Fast alle empirischen Untersuchungen des Verhältnisses von ursprünglichem Investitionsbetrag bzw. Nettokapitalzufluß zu langfristig erwirtschafteten Profiten bzw. Gewinntransfers zeigen, daß – nach einer gewissen Anlaufphase – dieses Verhältnis immer ungünstiger wird.

Das heißt, die neuen Kapitalzuflüsse werden tendenziell geringer und die Kapitalrückflüsse – in Form von Gewinnen, Dividenten, Zinsen, Management-„Gebühren“, Patenten aus der Mutterfirma usw. – immer größer (siehe Tabellen 3 und 4). Diese Wirkungsweise ausländischer Direktinvestitionen, die je länger, umso mehr einem parasitären Absaugungssystem von im Entwicklungsland erzeugten Mehrwertteilen gleicht, wird im übrigen noch durch die Inanspruchnahme einheimischer Finanzierungsquellen verstärkt. Damit wird freilich auch das Argument,

die Privatinvestitionen trügen zur Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation bei, entscheidend entkräftet. Im Gegenteil läßt sich die These vertreten, daß diejenigen Länder, die einen relativ großen Anteil von Auslandsinvestitionen schon über einen längeren Zeitraum hinweg aufweisen, gerade diejenigen sind, die die größten Handels- und Zahlungsbilanzprobleme haben und als Konsequenz davon auch eine sehr hohe Auslandsverschuldung aufweisen. Ihr Grad der Auslandsverschuldung ist vergleichsweise am höchsten, der Anteil von Zins- und Tilgungsleistungen am gesamten jährlichen Devisenaufkommen hoch und wachsend. Dies gilt z.B. für Mexiko, Brasilien, Argentinien, aber auch für Nigeria, die Philippinen und in gewisser Weise auch für Südkorea.

Wo steht die Bundesregierung?

Dies läßt sich außer aus den erwähnten Formen von Profitabzug auch aus dem Umstand erklären, daß ein wachsender Teil der Importe der betroffenen Entwicklungsländer von den transnationalen Konzernen getätigt wird, und zwar zu Bedingungen, die keinerlei Transparenzpflicht unterliegen („konzerninterne Verrechnungspreise“). Auf der anderen Seite steuern die binnenmarkt-orientierten Investitionen in der verarbeitenden Industrie durch Exporte vorläufig kaum zum Devisenaufkommen der Gastländer bei.

Bei den weltmarktorientierten industriellen Investitionen, die ihre Produkte im wesentlichen auf den euro-

päischen Markt reexportieren (Typ Müller-Wipperfurth-Tunesien), übersteigen die vom Staat des „Gastlandes“ zu erbringenden und z.T. zu importierenden Vorleistungen häufig die durch Exportorientierung bedingten Devisen- und Steuereinkünfte.

Man könnte nun angesichts dieser ungleichen Verteilung von Vor- und Nachteilen der Auslandsinvestitionen fragen, warum viele Regierungen der Entwicklungsländer ausländische Direktinvestitionen geradezu anlocken. Dies gilt insbesondere für offen proimperialistische und/oder diktatorische Regimes, die sich politische Sicherheiten für ihre Position und ökonomische Vorteile (als Ersatz für eigene Reformanstrengungen) versprechen. Umgekehrt werden solche Regimes, je repressiver und gewerkschaftsfeindlicher sie sind, von den imperialistischen Investoren als die besten Garanten für eine gedeihliche Zusammenarbeit gefeiert.

Bei der Anbahnung dieser und anderer Formen von Beziehungen spielt die Entwicklungspolitik (siehe Beiträge von M. Mohnke und W. Bröner; d. Red.) eine große Rolle, da ihr nicht nur die Funktion zukommt, Rahmenbedingungen für diese Zusammenarbeit zu schaffen, sondern auch in gewissem Umfang ausgleichend wirksam zu werden. Sicherlich muß zumindest ein Teil der öffentlichen Leistungen (Kredite oder Schenkungen) auf diese Weise interpretiert werden.

Die Ursachen der Verschuldungskrise sieht die Bundesregierung fast ausschließlich in den Entwicklungen/Fehl-

Tabelle 3
Verteilung der Rückflüsse
Regionale Verteilung der Rückflüsse aus deutschen Tochtergesellschaften im Ausland 1983-1985

	Rückflüsse (in Mio DM)	Anteil der Rückflüsse an den Brutto- transferleistungen (in %)
Alle Länder	19.089,0	38,3
davon:		
– Industrieländer	14.530,9	34,8
– außereuropäische Entwicklungsländer	4.201,3	57,1
– OPEC-Staaten	356,8	49,4
Industrieländer		
davon:		
– Europa	8.049,7	40,1
– Amerika	6.084,0	30,4
– Afrika	165,6	22,6
– Asien	56,9	10,0
– Ozeanien	174,7	44,0
Außereuropäische Entwicklungsländer		
davon:		
– Mittel-/Südamerika	2.516,3	56,9
– Afrika	1.101,8	72,9
– Asien	575,8	43,7
– Ozeanien	7,5	6,8

(Quelle: W. Olle, Bundesdeutsche Konzerne in der Dritten Welt, Bornheim 1986, S. 43 und 44)

entwicklungen in der Dritten Welt bzw. in den jeweiligen nationalen Wirtschaftspolitiken begründet.

In den „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ (veröffentlicht im April 1986) heißt es hierzu: Der Ölpreisanstieg 1973/74 und 1979/80, versäumte interne Anpassungen, Erfolge der Inflationsbekämpfung in den Industrieländern, wodurch „die Inflationsraten sich schneller als die Zinsen ermäßigten“, sowie Kapitalflucht werden als entscheidende Ursachen der Verschuldungskrise genannt. Kein Wort wird verloren über die Ursachen der chronischen Leistungsbilanzdefizite der Entwicklungsländer, die terms of trade zuungunsten der Entwicklungsländer, die Verringerung der öffentlichen Entwicklungskredite und die Verschlechterung der Konditionen seitens der kapitalistischen Industrieländer generell usw. Dementsprechend fallen die Lösungsvorschläge der Bundesregierung aus:

- Aufgabe der Industrieländer sei es, ein dauerhaftes inflationsfreies Wachstum zu sichern, Voraussetzungen für weiter sinkende Zinssätze zu schaffen und die eigenen Märkte für die Produkte der Entwicklungsländer zu öffnen.

- Der Internationale Währungsfonds (IMF) und die Weltbank sind voll zu unterstützen (beide Institutionen sollten in Zukunft besser zusammenarbeiten); und gewissermaßen als demokratisches und soziales Trostpflasterchen wird postuliert, daß vor allem „in den hochverschuldeten lateinamerikanischen Ländern ... die Auswirkungen von sozialen Härten der Anpassungsprogramme auf den beginnenden Demokratisierungsprozeß berücksichtigt werden“ müssen.

- Das Schuldenproblem muß in erster Linie zwischen den jeweiligen Gläubigern und Schuldern bereinigt werden, d.h. für Lateinamerika als der Hauptschuldenregion: zwischen den Regierungen Lateinamerikas und den privaten Geschäftsbanken als den Hauptgläubigern; diese müßten auch entscheiden, in welchem Maße neue Kredite gewährt werden können und inwieweit eine größere „Konstanz des Schuldendienstes“ (eventuell durch größere Variabilität der Laufzeiten) und damit eine Verbesserung der Lage der Schuldnerländer erreicht werden kann. Die Schuldnerländer müßten der Kapitalflucht entgegenwirken und das Klima für ausländische und inländische Investoren verbessern.

- Solche Länder, die die IMF-Auflagen besonders energisch und umfassend befolgen, sollen durch Entgegenkommen bei der öffentlichen Hilfe belohnt werden. Die Bundesregierung „setzt sich bei Umschuldungsverhandlungen in geeigneten Fällen, in denen die Schuldnerländer erfolversprechende Eigenanstrengun-

gen unternehmen, für mehrjährige Umschuldungen ein“.

- Es wird propagandistisch groß herausgestrichen, daß die Bundesregierung 24 Ländern, die zum Kreise der ärmsten Entwicklungsländer (LLDC) zählen, Schulden in Höhe von insgesamt 4 Mrd DM bereits erlassen hat und damit eine international „führende Rolle übernommen“ habe.

Schulterschuß mit US-Bankiers

Die Behauptung, die bundesrepublikanischen Banken seien nur am Rande in der Dritten Welt engagiert, ist bei näherer Betrachtung nicht zu halten. Genaue Ziffern sind allerdings angesichts der Geheimniskrämerei nur schwer zu erhalten:

- Aus einer Analyse der Zahlungsbilanzstatistiken läßt sich ein Kreditsaldo gegenüber der Dritten Welt von etwa 100 Mrd DM errechnen.

- Die Dresdner Bank gibt an, daß knapp 1/10 aller Bankkredite an die Dritte Welt auf BRD-Banken entfällt, nach dem gegenwärtigen Stand also etwa 50 Mrd Dollar = 115 Mrd DM.

- Deutsche und Commerzbank beziffern ihre Kredite an „Problemländer“ mit 7,4 bzw. 5,4 Mrd DM, die Dresdner dürfte dazwischen liegen.⁴ Die drei Großbanken dürften also knapp 20 Mrd DM allein in den Umschuldungsländern der Dritten Welt ausstehen haben.

- Die Kredite sind in den Bilanzen aber oft nur zum Teil ausgewiesen, weil gerade die deutschen Banken gewaltige Rückstellungen gebildet haben und die Wertberichtigungen vom Nominalwert oft schon abgezogen werden. Als „Risikovorsorge“ für Länderrisiken wurden allein 1981-83 ca. 23 Mrd DM Rückstellungen gebildet.

- Das Rückstellungsproblem sei beleuchtet mit von der Commerzbank veröffentlichten Zahlen. Allein 1985 hat die Bank auf „Risikokredite“ von 5,4 Mrd DM steuermindernde Rückstellungen von 700 Mio DM gebildet. Die tatsächlichen Forderungsausfälle beliefen sich auf 55 Mio DM.

Überdurchschnittlich groß ist das Engagement bundesdeutscher Banken in Afrika und Asien, gemessen an der Gesamtverschuldung der Regionen. In einzelnen Ländern wie Indien, Tunesien und der Türkei spielen sie eine maßgebliche Rolle.

In den 15 hochverschuldeten Ländern vor allem Lateinamerikas scheint das westdeutsche Engagement relativ geringer zu sein. So schätzt Werner Blessing von der Deutschen Bank den Anteil der BRD-Banken am „Baker-Engagement“ – für 15 Länder sollen neue Kredite in Höhe von 20 Mrd Dollar bereitgestellt werden – auf etwa 1 Mrd Dollar.

Zu beachten ist auch, daß nur 40 bundesdeutsche Institute überhaupt im Dritte-Welt-Geschäft engagiert sind, also ein relativ exklusiver Kreis. Deren Rolle bestimmt sich aber nicht nur durch das quantitative Gewicht.

An allen Krediten sind internationale Bankkonsortien gemeinsam beteiligt; dem Schuldner tritt also ein Bankkartell gegenüber, das alle Entscheidungen gemeinsam trifft: Ein Ausscheren einzelner Banken aus diesem Gläubigerkartell würde von den übrigen sofort durch den Ausschluß aus dem internationalen Geschäft beantwortet. Es ist also auch wichtig, was für Positionen von den westdeutschen Banken in diesen Konsortien



eingenommen werden.

In den Hauptfragen liegt hier ein enger Schulterschuß mit den dominierenden US-Banken vor. Die Anpassungslast haben die Schuldnerländer zu tragen.

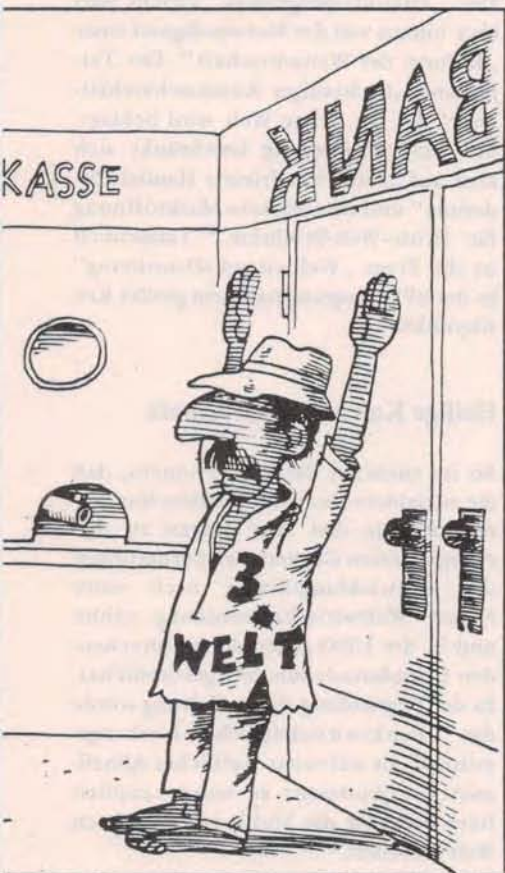
Werner Blessing: „Sie müssen sich zu umfassenden makroökonomischen und strukturellen Reformprogrammen bereitfinden, die auf eine nachhaltige Stärkung der Wachstumsgrundlagen bei binnen- und außenwirtschaftlicher Stabilisierung ausgerichtet sind. Dazu gehört der Abbau umfangreicher Budgetdefizite, die Beseitigung teilweise immer noch unrealistischer Wechselkurse, die Herstellung effizienter Preis- und Zinsstrukturen sowie nicht zuletzt die Mobilisierung marktwirtschaftlicher Wachstumspotentiale, u.a. durch Privatisierung öffentlicher Unternehmen, die Entwicklung der heimischen Kapitalmärkte so-

wie die Verbesserung des Investitionsklimas.“⁵

Der Zynismus einer solchen Position ist offensichtlich: Es ist ja gerade der ständige Mittelabzug durch die Banken aus der Dritten Welt, der dort das „Investitionsklima“ belastet.

Es sind aber durchaus auch spezifisch bundesdeutsche Akzente festzustellen, wie u.a. aus der Stellungnahme von 40 hiesigen Banken zum Baker-Plan hervorgeht.

Dieses Papier wurde auf einer durch die Deutsche, Dresdner und die Commerzbank einberufenen Versammlung unter Anwesenheit der Bundesbank verabschiedet.⁶ Nachdem dort der Baker-Plan



grundsätzlich begrüßt wurde, melden die westdeutschen Banken eigene Interessen an:

- Alle Institute sollen mit einem „fair share“ beteiligt sein.
- Während der Baker-Plan 2/3 der Neuausleihungen an die Dritte Welt durch die Banken aufgebracht sehen möchte, schlagen die Bundesdeutschen eine Relation 50 : 50 vor. Insbesondere wird auf die Notwendigkeit verwiesen, IMF und Weltbank finanziell besser auszustatten, eine Forderung, die an die USA gerichtet ist. Bekanntlich weigert sich Reagan, die Weltbankmittel aufzustocken.
- Die privaten Neuausleihungen sollen durch Aufstockung öffentlicher Mittel z.B. im Rahmen der Exportkreditversicherung abgesichert werden.
- Die bundesdeutschen Banken schlagen für sich vor, die Zuführung neuer

Mittel durch folgende Behandlung der Altschulden zu ersetzen. Sie möchten nicht eintreibbare Schuld- und Zinsforderungen in handelbare Wertpapiere umwandeln. So könnte z.B. die Deutsche Bank diejenigen Zinsforderungen, die nicht mehr einzulösen sind, einfach verkaufen. Es ist klar, daß dieser Vorschlag nur dann einen Sinn ergibt, wenn der Käufer solcher Forderungen seinerseits bereit ist, die Verluste zu tragen. Es geht also schlicht darum, daß „faule“ Forderungen von der öffentlichen Hand übernommen werden sollen.

So lassen sich drei „deutsche“ Spezifika ausmachen:

- Ein ausgeprägter Widerwillen gegen die Vergabe neuer Kredite in die Dritte Welt. Es gibt jetzt rentablere Geschäfte!
- Die Forderung nach stärkerer Beteiligung von IMF und Weltbank, was auf die Forderung nach mehr US-Mitteln hinausläuft.
- Die Forderung nach stärkerer Risikobeteiligung des Staates und nach öffentlichen Geldern.

Bewundernswert ist hier nur die Unverschämtheit, mit der den Schuldnerländern mehr „Privatinitiative“ auf Kosten des Lebensstandards der verarmten Bevölkerung empfohlen wird, während die 40 Banken hierzulande den sonst so inkriminierten Staat schlicht dazu auffordern, ihre privatwirtschaftlichen Risiken zu übernehmen. Sie fordern für ihre Probleme eine ausgeprägt staatsmonopolistische Lösung.

In diesem Zusammenhang noch einige sehr bezeichnende Details:

- Die besagte Erklärung wurde an den IMF, die Weltbank, die Deutsche Bundesbank und an das Bundesfinanzministerium geschickt (nicht etwa ans Entwicklungsministerium).
- Sie ist stellvertretend unterzeichnet von der Deutschen und Dresdner Bank, der Commerzbank und der WestLB. Letzteres ist bekanntlich ein öffentliches, durch die SPD-Landesregierung und die NRW-Kommunen dominiertes Institut.
- Diese vier unterzeichnenden Banken erwirtschafteten allein 1985 ein Betriebsergebnis, d.h. einen finanzkapitalistischen Profit, von fast 10 Mrd DM, gut doppelt so viel wie 1982, vor Ausbruch der Schuldenkrise.⁷

Anmerkungen:

- 1) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank 1985, Frankfurt 1986, S.27
- 2) Rainer Falk, Die heimliche Kolonialmacht, Köln 1985, S.86
- 3) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank, a.a.O., S.29
- 4) Angaben laut Geschäftsberichten
- 5) In: Handelsblatt, 24.4.1986, Banken International
- 6) Vgl. u.a. Handelsblatt, 22.1.1986
- 7) Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse, Frankfurt/M., Heft 2/1986

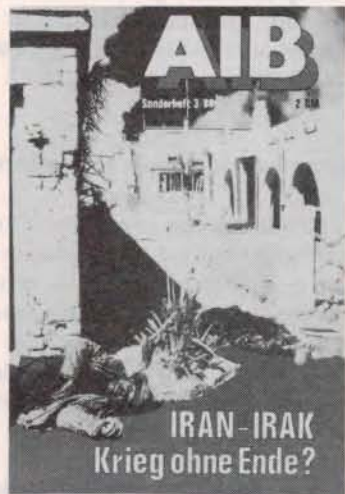
AIB-Sonderhefte



4/1985: Weltraumrüstung
28 Seiten, 2 DM



1/1986: Südafrika
40 Seiten, 2,50 DM



3/1986: Iran - Irak
28 Seiten, 2 DM

Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht; zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). 33% Rabatt ab 10 Expl. Bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

Dieter Boris/Jörg Goldberg/Nico Biver

Alternativen zur Schuldenfrage

Der folgende Beitrag ist Teil eines Referats, das Dieter Boris und Jörg Goldberg auf der Konferenz „Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik“ (Köln, 31. Mai/1. Juni 1986) vortrugen. Es wurde von Nico Biver an einigen Stellen aktualisiert, erweitert und um einen Teil zu den Positionen der Friedensliste ergänzt.

Während die konservativen Lösungskonzepte überwiegend darauf hinauslaufen, die Schuldenlast der Dritten Welt als permanentes Druckmittel aufrechtzuerhalten, gibt es zahlreiche andere Positionen, die aus unterschiedlichen Gründen eine einschneidende Entschuldung für notwendig erachten.

In der Bundesrepublik orientieren sich dabei viele derartige Konzepte an der Idee eines „Marshallplanes für die Dritte Welt“, eine Parole, die vor allem in der SPD aufgestellt wird. Dabei ist die Funktion des Marshallplans für Westeuropa in Erinnerung zu rufen: Er hatte nach dem 2. Weltkrieg die Aufgabe, Linkskräfte aus den westeuropäischen Regierungen herauszuhalten und die Empfängerländer an die USA zu binden. Unzweifelhaft aber hat er zur kapitalistischen Reaktivierung der Ökonomien beigetragen.

Im Bewußtsein dieser – gerade für die SPD historisch sehr problematischen – Erfahrung bemüht sich das SPD-„Zukunftsprogramm Dritte Welt“ von 1984 um eine Abgrenzung: „Anders als beim Marshallplan kann es jedoch nicht darum gehen, die Entwicklungsländer in das politische und wirtschaftliche System der Industriestaaten einzubinden.“¹

Internationale Schuldenkonferenz

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ingomar Hauchler hat auf der Grundlage dieses mit dem Namen Willy Brandt verbundenen Konzepts eine internationale Schuldenkonferenz vorgeschlagen, an der alle Seiten gleichberechtigt teilnehmen sollen. Dort soll folgendes Entschuldungsmodell beschlossen werden:

- Für die öffentlichen Altkredite von rund 400 Mrd Dollar soll der Schuldendienst so verringert werden, daß dieser die Neuzufüsse aus der Entwicklungshilfe nicht übersteigt.

- Die Neuzufüsse (wenn was übrigbleibt; die Verf.) sollen verzinst und getilgt werden. Der einkommende Schuldendienst wird in einem Entwicklungsfonds in den Schuldnerländern gesammelt.



SPD-MdB Wolfgang Röth, der den wirtschaftspolitischen Leitantrag des Nürnberger Parteitag mitformulierte

- Von den 600 Mrd Dollar privater Kredite sollen 200 Mrd auf Kosten der Banken als nicht mehr einbringbar gestrichen werden. Auf weitere 200 Mrd sollen die Banken ein Zinsmoratorium gewähren. Die restlichen 200 Mrd sollen weiter bedient werden, wobei öffentliche Zinszuschüsse angeboten werden. Für die Schuldendienstbelastung wird eine Obergrenze von 20% des Exporterlöses des Entwicklungslandes festgelegt.

In diesem Vorschlag, der in den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages vom August 1986 nur sehr allgemein seinen Niederschlag findet, haben die Banken, die an der Verschuldung gut verdient haben, die Hauptlast zu tragen.

Es stellt sich allerdings die Durchsetzungsfrage: Es ist nur schwer vorstellbar, daß auf der vorgeschlagenen Superkonferenz die dort ja auch stimmberechtigten Banken einem solchen Konzept zustimmen. Es wären also nationale Maßnahmen notwendig, um die Banken zur Entschuldung zu zwingen. Dazu finden sich aber in der ganzen SPD-Programmatik keine Ansatzpunkte.²

Über diesen Vorschlag hinaus gibt es im Rahmen des „Zukunftsprogramms Drit-

te Welt“ die Vorstellung, einen aus Rüstungslasten gespeisten internationalen Entwicklungsfonds zu gründen. Dieser soll paritätisch von Industrie- und Entwicklungsländern verwaltet werden und eine grundbedarfs- und binnenmarkt-orientierte Strategie verfolgen. Während Uwe Holtz 1984 im Zukunftsprogramm noch von 5% der weltweiten Rüstungsausgaben (= 50 Mrd Dollar) spricht, will die wirtschaftspolitische Resolution von Nürnberg nur noch 1% (= 10 Mrd Dollar) dafür aufwenden.³ Dieser Fonds soll neben die bestehenden supranationalen Institutionen (IMF, Weltbank u.a.) treten, welche in ihrer Grundstruktur unberührt bleiben.

Das „Zukunftsprogramm“ spricht darüber hinaus von der Notwendigkeit einer „Reform der Weltwirtschaft“. Der Tatbestand „nachteiliger Austauschverhältnisse“ für die Dritte Welt wird beklagt, die Reformforderung beschränkt sich aber auf „zeitlich befristete Handelsförderung“ und eine stärkere Marktöffnung für Dritte-Welt-Produkte.⁴ Tatsächlich ist die Frage „Weltwirtschaftsordnung“ in der SPD-Programmatik ein großer Kritikpunkt.

Heilige Kuh Marktwirtschaft

So ist zunächst daran zu erinnern, daß die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung in den 70er Jahren zu den engagiertesten Gegnern der Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung zählte und in der UNO gegen die entsprechenden Grundsatzdokumente gestimmt hat. In der Begründung dieser Haltung wurde das „marktwirtschaftliche Lenkungsprinzip“ als weltwirtschaftliches Allheilmittel angepriesen; es wurde explizit freie Bahn für die Multis in der Dritten Welt gefordert.⁵

Die Debatte um den wirtschaftspolitischen Leitantrag der SPD von 1986 zeigt, daß diese „marktwirtschaftliche“ Position der SPD weiterhin „Beschlusslage“ ist.

So wird zwar die einseitige Ausrichtung der Entwicklungspolitik an den Industrieländerinteressen kritisiert, die Aufgabengleichung des IMF angegriffen. Gleichzeitig aber wird dessen marktradikales Grundkonzept wiederholt: Die von den Schuldnerländern zu erbringenden „Eigenanstrengungen“ seien vor allem: „mehr monetäre und finanzpolitische Disziplin, die produktivere Verwendung knapper Finanzmittel, die Bekämpfung von Korruption und Kapitalflucht sowie Anreize für die Rückkehr der Fluchtgelder“. Das könnte auch vom IMF so formuliert worden sein.

Vor allem bleiben die Interessen der multinationalen Konzerne der Orientie-

rungspunkt der Weltwirtschaftsordnung, bestimmen damit die Spielräume nationaler Wirtschaftspolitik sowohl in den kapitalistischen Ländern als auch in der Dritten Welt: „Die zunehmend transnational wirksame Investitionstätigkeit der Unternehmen zwingt die nationale Politik, ihre Entscheidungen so auszurichten, daß die Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze konkurrenzfähig bleibt.“⁶

Es ist aber genau dieser in den Entwicklungsländern besonders wirksame Zwang, der überhaupt erst zum Entstehen der Schuldenkrise geführt hat, der das System der neokolonialistischen Ausbeutung ursächlich begründet.

GRÜNE Entschuldungsstrategie

Die Grünen halten ebenfalls eine sofort wirksame und gerechte Entschuldungsstrategie für einen Kernpunkt der Dritte-Welt-Problematik. In ihrem Bundestagswahl-Programm fordern sie, daß es „über den Zwischenschritt eines Schuldenmoratoriums zu einer umfassenden Streichung der Auslandsschulden kommen“ müsse.⁷

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Ludger Vollmer, unterstreicht nach einem Besuch in Kuba und Gesprächen mit Fidel Castro, daß sich die Positionen der Grünen zur Verschuldungskrise weitgehend mit den kubanischen decken. Dies gelte vor allem für die Einschätzung der Politik des IMF, dem es darum gehe, „den Status quo aufrecht zu erhalten... Die verschuldeten Länder sollen gezwungen werden, ihre Volkswirtschaft auf den Export umzustellen“.

Vollmer betrachtet die IMF-Politik als ungeeignet, die Schuldenkrise zu lösen,

und macht sie zum großen Teil für das Elend in den Entwicklungsländern verantwortlich. „Unserer Meinung nach kommen die Länder der Dritten Welt nur aus der Misere heraus..., wenn die Schulden gestrichen werden.“

Die Grünen seien ebenso wie die Kubaner der Meinung, daß die Bildung von Schuldnerkartellen notwendig sei, um Druck auf die Privatbanken und die öffentliche Hand in den Industrienationen auszuüben.⁸

Entwicklungsfonds für die 3. Welt

In ihrem Programm zum Umbau der Industriegesellschaft fordern die Grünen neben einem sofortigen Schuldenaufschub auch die Entwicklung von Konzepten zur Schuldenstreichung. Hier unterscheiden sie sich allerdings von den Lösungsvorschlägen Fidel Castros, der die Streichung der Schulden durch eine Senkung der Rüstungshaushalte der Gläubigerstaaten finanzieren will.

Diskutiert werden bei den Grünen dazu folgende Punkte:

- Verzicht auf die Rückzahlung von Krediten aus öffentlichen Mitteln, ohne daß dies zu Lasten des Entwicklungshaushaltes geht.
- Ausgleich der Vermögensverluste durch Rückzahlungsverzicht bei privaten Krediten durch eigene Reserven der Geschäftsbanken.
- Staatliche Vermögensausfallhilfen für private Geschäftsbanken nur gegen entsprechende Übertragung von Eigentums- und Kontrollrechten. Für Schuldner bedeutet dies nicht einfach Schuldenstreichung.
- Die erlassenen Zins- und Tilgungsbeiträge sollen von den Entwicklungsländern in einheimischer Währung in einen

nationalen revolutionären Entwicklungsfonds eingezahlt werden.

● Der Fonds soll von den verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen verwaltet werden (Bauernverbände, Gewerkschaften, Verbraucherverbände, Frauenräte usw.).

● Er soll der Finanzierung von eigenständigen Entwicklungswegen dienen, die die Grundbedürfnisbefriedigung der Bevölkerung zum Ziel haben.⁹

Darüber hinaus halten sie „massivste Korrekturen“ der Weltwirtschaftsstrukturen für notwendig, wobei sowohl die Gerechtigkeit der Weltmarktpreise als auch die weiterhin bestehende koloniale Arbeitsteilung zwischen Rohstoffproduzenten und Fertigwarenherstellern angesprochen wird. Gleichzeitig wird eine Reform der IMF-Gesetze gefordert und eine Auflösung der Weltbank in regionale Entwicklungsfonds vorgeschlagen. Ansatzpunkte für die Durchsetzung einer solchen Strategie sehen die Grünen im eigenen Land, in der Durchsetzung von Schritten der „Demokratisierung und Dezentralisierung“ gegenüber multinationalen Unternehmen.

Bonner Handlungsmöglichkeiten

In ihrem Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen fordert die Friedensliste „die ersatzlose Streichung aller Schulden der Länder der 'Dritten Welt'“.¹⁰

Das Mitglied des Bundesvorstands der Friedensliste, Jürgen-Bernd Runge, verlangt, daß man von der Bundesrepublik aus „die Initiativen von Kuba und den anderen betroffenen Ländern in der Dritten Welt unterstützen“ muß, denn nicht die Länder der Dritten Welt stünden bei uns in der Kreide, sondern umgekehrt, da sie von den westlichen Industriestaaten ausgebeutet würden.¹¹

„Die astronomischen Milliardenschulden der Entwicklungsländer“, so der Bundessprecher der Friedensliste, Karl-Heinz Hansen, in der Umfrage in diesem Heft, „sind nichts anderes als zusätzliche, von ihnen an die 'Geberländer' zu entrichtende Ausbeutungsprämien.“

Ähnlich wie die Grünen kritisiert die Friedensliste den IMF und die Weltbank als Instrumente der imperialistischen Staaten zur Steuerung der Ausbeutung der Dritten Welt und fordert eine Neue Weltwirtschaftsordnung, die die Benachteiligung der Entwicklungsländer beseitigt.

Unterschiede sind jedoch festzumachen, was die Ursachen der Schuldenkrise und praktische Forderungen an die Bundesregierung angeht. So stellt das Programm der Friedensliste fest, daß die „Explosion“ dieses Verschuldungsproblems zwischen 1980 und 1985 zuallererst in der mit Reagans gigantischen Rüstungspro-

Teilnehmer einer Podiumsdiskussion der Kölner Verschuldungskonferenz: Grünen-MdB Ludger Vollmer (2. v. r.) und Friedensliste-Vorstandsmitglied Jürgen-Bernd Runge (2. v. l.)



grammen einhergehenden Hochzinspolitik (begründet lag)", wobei sie auf eine weitere Verschärfung des Problems durch Reagans Sternenkriegsprogramm verweist.¹²

Damit wird auch eine Interessenüberschneidung zwischen der Friedensbewegung und den Massenbewegungen und Ländern der Dritten Welt deutlich, die für die Streichung der Schulden und ihre Finanzierung durch eine Kürzung der Rüstungsausgaben eintreten.

An diese Forderung und an Beschlüsse der UNO knüpft die Friedensliste an, wenn sie eine Senkung der Rüstungsausgaben um 10% fordert, wovon die Hälfte der Dritten Welt zugutekommen soll. Sie richtet diese Forderung an die Bundesregierung und knüpft, anders als die SPD, eine Senkung des Rüstungshaushalts zu diesem Zweck nicht an internationale Abkommen. Gleiches gilt auch für die Politik des IMF und der Weltbank, wo die Friedensliste fordert, daß die BRD-Vertreter gegen die jetzigen Ausbeutungspraktiken stimmen und die Positionen der Entwicklungsländer zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung unterstützen sollen.

Vertreter der Friedensliste machen aber auch Handlungsmöglichkeiten gegen die Verschuldungskrise aus, die in die direkte Zuständigkeit der Bundesregierung fallen. So kritisieren J.B. Runge und K.H. Hansen die hohen Zinssätze von Entwicklungshilfe-Darlehen, die neben den damit verknüpften Lieferbindungen mit für die Verschuldung verantwortlich seien. Runge fordert, daß die am meisten unterentwickelten Länder nur noch Zuschüsse erhalten sollen und für die anderen Länder die Zinssätze drastisch gesenkt werden müssen.¹³

Anmerkungen:

- 1) Willy Brandt, *Der organisierte Wahnsinn*, Köln 1985, S. 173
- 2) Siehe: *Vorwärts*, Nr. 18/1986
- 3) Siehe: AIB-Umfrage in diesem Heft
- 4) *epd-Entwicklungspolitik*, Nr. 17/1984
- 5) Vgl.: Rainer Tetzlaff, *Die Diskussion der Neuen Weltwirtschaftsordnung in der Bundesrepublik...*, in: *Diskurs* Nr. 3/August 1980, S. 16ff.
- 6) *Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern*. Entwurf der Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik beim Parteivorstand der SPD, Bonn 1986, S.72
- 7) DIE GRÜNEN, *Bundestagswahl 1987. Programm*, S.23
- 8) *Cuba Libre*, Nr. 3/Okttober 1986, S.4
- 9) Ludger Vollmer/Thomas Fues, *Internationale Verschuldungskrise*, in: *IMSF, Institutsmittteilung* Nr. 29/Frankfurt/M. 1985
- 10) *Die Friedensliste. Abrüsten – Das Programm für die Zukunft*. Positionen zur Bundestagswahl 1987, S.22
- 11) Podiumsdiskussion. *Die Linke und die Dritte Welt*, in: *IMSF/ASK (Hrsg.)*, *Die Dritte Welt in der Schuldenkrise – Rolle der Bundesrepublik – Diskussion um Alternativen*, S. 247
- 12) *Die Friedensliste...*, S.21
- 13) *Podiumsdiskussion...*, a.a.O.



Fundamentalkritikerin Brigitte Erler, 1974-83 Referentin beim BMZ, in Pakistan

Rainer Falk

Entwicklungshilfe: ein- oder umstellen?

„Erst wußten sie genau, was den Leuten gut tut, nämlich Fortschritt und Zivilisation, und jetzt, was ihnen nicht gut tut, nämlich Fortschritt und Zivilisation. Gestern haben sie über die Leute gelacht, weil die keine Corbusier-Hochhäuser wollten, heute lachen sie über die Leute, weil sie solche Häuser haben wollen. Es sind die ewigen Klugscheißer, auch dann, wenn sie sich selbst als Eurozentristen kritisieren.“
„Man muß ganz genau wissen, was und für wen man was macht.“

Uwe Timm, *Der Schlangensbaum*

Jetzt hat sich also auch die Belletristik einem Thema zugewandt, das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, vor allem aber entwicklungspolitische Experten und „Dritte-Welt-Bewegte“ schlechthin seit langem nicht mehr los läßt.

Es ist die Frage nach der Sinnhaftigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Dritten Welt, nach der Krise der herrschenden Entwicklungspolitik und nach möglichen und denkbaren Alternativen zum jetzigen Status quo angesichts des offenkundigen Scheiterns überkommener westlicher Modernisierungskonzepte an den eigenen Prämissen und den harten Realitäten vor Ort. Die Intensität der Debatte und die Irritationen im Kreis der Praktiker sind so groß, daß die Sachwalter der etablierten Entwicklungspolitik schon glaubten, gegensteuern zu müssen. Es sei dringend notwendig, so kommentierte zum Beispiel die Frankfurter Allgemeine Zeitung

(FAZ), „daß die zuständigen Stellen sich etwas Neues einfallen lassen für das Gespräch mit dem Bürger, damit der Entwicklungshilfe-Pessimismus wenigstens nicht noch mehr zunimmt“.¹

Keinem geringeren als Entwicklungsminister Jürgen Warnke selbst blieb es vorbehalten, die Kritiker unter Zu-Hilfenahme des uralten Links-Rechts-Schemas als letztlich Böswillige gegenüber der Dritten Welt ins Abseits zu rücken: „Der Hilfe-Pessimismus“, so Warnke, „franst an seinen Rändern aus in Resignation oder Aggression gegenüber der Dritten Welt. Bemerkenswerterweise nimmt dabei das Spektrum an den rechten oder linken Flügelspitzen die grellsten Farben an – im Ton vielleicht noch unterschiedlich, im Ergebnis gleich, wie das allemal der Fall ist.“²

Dabei liegt das Demagogische dieses Einwands offen auf der Hand: Die rechten Kritiker der Entwicklungshilfe, allen voran der von der britischen Premierministerin Thatcher zum Lord ernannte P.T. Bauer, entstammen nämlich gerade jenem Kreis von Ideologieproduzenten, auf die sich auch die Oberen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) beim praktischen Vollzug der Wende zu stützen pflegen.

Bauer ist der Meinung, daß die Entwicklungshilfe und das damit in den Entwicklungsländern produzierte „Anspruchdenken“ eine Ursache für die Entstehung des Nord-Süd-Konflikts darstellt. In sei-

nem Buch „Reality and Rhetoric“ schreibt er: „Die Entwicklungshilfe hilft den Inkompetenten, nimmt den Anreiz zu eigenen Anstrengungen und macht damit eher mehr als weniger abhängig vom Westen und seiner Großzügigkeit.“³ Das ist zweifellos Wasser auf die Mühlen derer, die eine grundlegende Umorientierung der Entwicklungspolitik im Sinne einer „Entstaatlichung“ der Entwicklungshilfe zu Gunsten von mehr Markt und Privatinitiative, einer Orientierung auf Exportförderung und wirtschaftliche Konditionierung der vergebenen Mittel sowie einer generellen Einschränkung der staatlichen Leistungen durchsetzen wollen.

Diese praktische Politik der Wende-Politiker ist es ja gerade, die zu scharfer Kritik von links begründeten Anlaß gibt. Sie verstärkt die Zweifel derer, die bislang noch glaubten, durch die Nutzung verbliebener Spielräume innerhalb des herrschenden Apparates Sinnvolles zur Entwicklung der Dritten Welt beitragen zu können.

Nicht alle gehen so weit wie Brigitte Erler (SPD), die nach jahrelanger Tätigkeit im BMZ fristlos kündigte, weil ihr nach und nach „die einzige noch verbliebene Illusion geraubt (wurde), daß wenigstens 'meine' Projekte zur Beseitigung von Elend und Hunger beitragen“.⁴ Dennoch ist ihr Buch „Tödliche Hilfe“, das inzwischen eine beachtliche Auflage erreicht hat, symptomatisch für eine ganze Gruppe von Kritikern, die eine Einstellung der Entwicklungshilfe heute für das Beste halten.

Belegt durch zahlreiche Beispiele aus der entwicklungspolitischen Praxis vor Ort formuliert Brigitte Erler ihre Hauptthese so: „Entwicklungshilfe schadet allen, denen sie angeblich nützen soll, ganzen Ländern wie einzelnen Betroffenen. Sie muß deshalb sofort beendet werden. Ohne Entwicklungshilfe ginge es den Menschen in den Ländern der Dritten Welt besser... Entwicklungshilfe trägt dazu bei, in den meisten Entwicklungsländern ausbeuterische Eliten an der Macht zu halten und im Namen von Modernisierung und Fortschritt Verelendung und Hungertod zu bringen.“⁵

Schadet Entwicklungshilfe allen?

Kritiker wie Brigitte Erler gewinnen durch die persönliche Konsequenz und moralische Rigidität, mit denen sie ihre Thesen vortragen. Gleichwohl neigen sie dazu, das Kind gleichsam „mit dem Bade auszuschütten“.

Im Eifer des Gefechts übersehen sie oft sowohl den historischen Entstehungszusammenhang von Entwicklungshilfe als auch den funktionalen Kontext, in dem sie heute im Geflecht der Gesamt-

heit der Beziehungen zur Entwicklungswelt steht. Gerade unter diesem Aspekt ist es eben höchst fraglich, ob es den Menschen in der Dritten Welt ohne Entwicklungshilfe – bei aller Kritik, die sich an ihren konkreten Konzepten und ihrer Praxis üben läßt – tatsächlich besser ginge.

Ich selber habe in meinem Buch „Die heimliche Kolonialmacht“ einen Kritik-Ansatz vorgestellt⁶, der davon ausgeht, daß die heutige Entwicklungspolitik von vorneherein eingebettet war in den weiteren Zusammenhang neokolonialer Interessensicherung gegenüber der Dritten Welt (wozu eben auch die weit gewichtigeren Formen der kapitalistischen Durchdringung wie private Kapitalexperte und Kreditbeziehungen mit deren machtpolitischen Absicherungsinstrumenten gehören). Er stellt aber auch in Rechnung, daß die Spezifik von Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe gegenüber anderen Instrumenten der Interessensicherung gegenüber der Dritten Welt (wie Diplomatie, Außenpolitik, Außenwirtschaftspolitik und militärische Sicherheitspolitik) darin begründet liegt, daß sie ein Moment des materiellen Zugeständnisses an die Empfänger bzw. Adressaten beinhalten. Insofern sind sie auch Reflexe auf die antikolonialen und antiimperialistischen Emanzipationsbestrebungen der Völker der Dritten Welt.

Der Süden will Wiedergutmachung

In dieser Perspektive gesehen, bedeutet es keine Abmilderung oder Entschärfung der notwendigen Kritik am herrschenden System der Entwicklungspolitik, wenn man in Bezug auf die Entwicklungshilfe einige grundlegende Zusammenhänge ins Gedächtnis ruft:

Trotz aller neokolonialen Bedingungen, die an sie geknüpft werden, und trotz ihrer Einbettung in das Zwangsverhältnis kapitalistischer Verwertungsinteressen ist die Entwicklungshilfe (also die Veranstaltung des Transfers staatlicher Finanzmittel im engeren Sinne) sowohl historisch als auch aktuell immer auch eine Art Wiedergutmachung bzw. Kompensationsleistung für die den Entwicklungsländern zugefügten Schäden. Dies geschah in der Kolonialzeit und geschieht heute durch das Agieren von Multis und internationalen Banken, welche die wirtschaftlichen und sozialen Schädigungen ständig reproduzierten und verstärkten.

Im Vergleich zu kommerziellen Waren- und Kapitalströmen ziehen die Empfängerländer aus der staatlichen Entwicklungshilfe noch den größten Nutzen, wengleich sich gegenwärtig deren Bedingungen rapide verschlechtern. Unter

diesem Aspekt haben die Entwicklungsländer einen internationalen Rechtsanspruch auf diese Entwicklungshilfe, der im Laufe des Kampfes um politische Unabhängigkeit und ökonomische Dekolonisation erworben worden ist. Kein Land der Dritten Welt, auch und gerade diejenigen mit fortschrittlichen Regierungen, wird sich diesen Rechtsanspruch heute mehr streitig machen lassen.

Betrachten wir den gegenwärtig vorherrschenden Trend im Ressourcenaustausch zwischen dem Westen und dem Süden, so besteht schon gar kein Anlaß, die Forderung nach Einstellung der Entwicklungshilfe zu stellen. Denn abgesehen davon, daß die öffentlichen Transferzahlungen an den Süden in den letzten Jahren unter dem Einfluß der rechten Regierungen in Washington, London und Bonn ohnehin gekürzt und verschlechtert wurden, steht diesen dürftigen Zahlungen gegenwärtig ein fast viermal so hoher Finanzstrom von Süden nach Norden gegenüber (vgl. Schaubild). Dieses sich gegenwärtig zu bislang noch nie gekannten Dimensionen verschärfende Ausplünderungsverhältnis der Ersten zur Dritten Welt unterstreicht den Anspruch der letzteren auf eine Wiedergutmachung neokolonialer Schädigungen noch zusätzlich.

Gegenwärtig wird die Entwicklungshilfe selbst in dieser bescheidenen Kompensationsfunktion, die sie ursprünglich auch einmal haben sollte, in Frage gestellt.

Dies zeigt sich daran, daß auch die öffentlichen Kreditströme dazu tendieren, von Entwicklungshilfe-bedingten Rückzahlungen mehr und mehr aufgeessen zu werden. Schon heute entspricht das, was die Entwicklungsländer aus früheren öffentlichen Entwicklungshilfekrediten an die Bundesrepublik zurückzahlen haben, etwa der Hälfte der bundesdeutschen Kredithilfe an die Dritte Welt (1986).

Not tut eine alternative Hilfe

Trotz eines selektiven Schuldenerlasses, den Bonn den am wenigsten entwickelten Entwicklungsländern seit 1978 anbietet, ist nach dem neuesten Bericht der Kreditanstalt für Wiederaufbau damit zu rechnen, „daß die Nettoleistungen an die Entwicklungsländer tendenziell zurückgehen, so daß sich also die Differenz zwischen Auszahlungen und Rückzahlungen verkleinert“.⁷ Bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts „dürften die Entwicklungsländer so viel an den deutschen Haushalt zurückzahlen, wie ihnen an neuen Krediten gewährt wird“.⁸

Vor diesem Hintergrund kann es nur um eine Alternative zur herrschenden Ent-

Entwicklungsländer zahlen mehr zurück als sie erhalten



wicklungshilfe, nicht aber um ihre ersatzlose Streichung gehen. Die Forderung nach einer anderen bzw. einer neuen Entwicklungspolitik kann freilich realistisch nur im Rahmen eines Gesamtkonzepts ökonomischer (wirtschaftspolitischer) und gesellschaftlicher Veränderungen erhoben werden.

Eine neue, an den Lebensinteressen der Völker der Entwicklungswelt orientierte Entwicklungspolitik bedarf, um wirksam zu werden, vor allem der Veränderung der generellen wirtschaftspolitischen Orientierung eines entwickelten und mächtigen kapitalistischen Landes wie der Bundesrepublik und der Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die den Entwicklungsprozeß der Dritten Welt behindern. Schließlich wird eine alternative Entwicklungspolitik auf radikale sozialökonomische Strukturveränderungen innerhalb der Länder der Dritten Welt selber angewiesen sein, die sich an den Interessen der Masse der abhängigen Bevölkerung zu orientieren haben.

Entwicklung durch Abrüstung

In Bezug auf die Diskussion über Alternativen der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik bedeutet dies, daß diese wesentlich stärker daraufhin zu überprüfen ist, wie sie auch den Interessen der ausgebeuteten und abhängigen Massen in den Entwicklungsländern gerecht werden kann. Keiner wirtschaftspolitischen Alternativ-Konzeption, die ihren Namen verdient, kann es gleichgültig

sein, wie sich das Schicksal der Mehrheit der Menschheit entwickelt.

Hinzu kommt, daß der Grad der erreichten Internationalisierung des Kapitals und der Produktion (einschließlich der Einbeziehung der Entwicklungsländer in diese Prozesse) für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einen neuen, internationalistischen Imperativ schon deshalb geboten erscheinen läßt, weil eine Verteidigung des sozialen Besitzstandes in den Metropolen anders kaum möglich sein dürfte.

In Bezug auf die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist zu unterstreichen, daß die Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) dringend einer Wiederbelebung bedarf. Denn ohne grundlegende demokratische Strukturveränderungen der kapitalistischen Weltwirtschaft zugunsten der Entwicklungsländer wird jede alternative Entwicklungspolitik schnell an die vom System vorgegebenen Grenzen stoßen.

Gleiches gilt für die entscheidende Funktion interner sozialökonomischer Umwälzungen in den Entwicklungsländern selbst. Alternative Entwicklungspolitik benötigt alternative, demokratische und antiimperialistische Modelle in den Zieländern, wenn sie zum Nutzen der abhängigen Mehrheit wirksam werden soll.

Erst in diesem Zusammenhang bzw. unter diesen Prämissen macht die Forderung nach einer Steigerung des Mitteltransfers in die Dritte Welt einen Sinn.

Eine Steigerung der Entwicklungshilfe ist notwendig und sinnvoll unter der

Voraussetzung, daß darauf verzichtet wird, sie mit neokolonialen Bedingungen, wie in der Vergangenheit, zu verknüpfen. Der in diesem Zusammenhang immer wieder in die Diskussion eingebrachte Vorschlag einer wie auch immer gearteten progressiven Konditionierung von Entwicklungshilfe ist allerdings problematisch. Angesichts der jahrzehntelangen Erfahrung der Dritte-Welt-Staaten mit westlicher Einmischung und Intervention scheint er wohl auch unrealistisch.

Demgegenüber ist zu unterstreichen, daß die politische Verantwortung antiimperialistisch-demokratischer Kräfte in einem Land wie der Bundesrepublik vor allem darin besteht, sicherzustellen, daß fortschrittliche Entwicklungen in der Dritten Welt nicht mehr behindert werden. Vertretbar und geboten wäre in einem Konzept alternativer Entwicklungspolitik allerdings eine Konzentration des Mitteltransfers auf solche Länder und Regierungen, die die Interessen und Bedürfnisse der abhängigen Mehrheit zum Ausgangs- und Zielpunkt der Formulierung nationaler Entwicklungspolitik nehmen. Gleiches gilt für die materielle Unterstützung von Organisationen und Bewegungen (Befreiungsbewegungen) aus dem Bereich der Nichtregierungsorganisationen.

Wird eine Steigerung des Ressourcetransfers in die Dritte Welt gefordert, so ist zugleich die Frage nach der Finanzierung dieses Transfers zu beantworten. In diesem Zusammenhang ist dem Prinzip „Entwicklungsfinanzierung durch Rüstungsausgabenkürzung“ verstärkt Geltung und Unterstützung zu verschaffen. Wenngleich es illusorisch wäre, von einem Automatismus Abrüstung – Entwicklung auszugehen, so ist doch unverkennbar, daß der notwendige Bedarf an Finanzmitteln zur Entwicklungsförderung nur wird aufgebracht werden können, wenn ein politischer Durchbruch in der Abrüstungsfrage durchgesetzt werden kann.

Auf die NIWO rückbesinnen

Ebenso unverkennbar ist, daß ein enger Zusammenhang zwischen entspannungs- und abrüstungspolitischen Fortschritten und der Errichtung einer NIWO besteht. So wie der Kampf um eine NIWO Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre durch den Übergang zur Konfrontation in den internationalen Beziehungen negativ beeinflusst und schließlich zum Stillstand gebracht wurde, so ist eine Wiederbelebung dieser Auseinandersetzung nur denkbar im Zusammenhang mit einem Abbau der internationalen Spannungen. Eine solche Wiederbelebung der Diskussion um die Errichtung einer NIWO

müßte allerdings die Fehler der 70er Jahre vermeiden, d.h. die technokratische Verengung dieses Themas zugunsten seiner politischen Dimensionen überwinden. Die Frage der Errichtung einer NIWO ist in erster Linie eine Frage des politischen Kampfes, weniger ein Problem der Entwicklung finanztechnischer Modelle.

Selbst ein so radikaler Vorschlag wie die vollständige Streichung der Auslandsschulden der Entwicklungsländer (Fidel Castro) brächte den Entwicklungsländern zwar eine vorübergehende Erleichterung in einem gegenwärtig besonders drückenden Punkt. Sie würde aber grundsätzlich an der untergeordneten und abhängigen Stellung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft nichts ändern.

Notwendig ist deshalb die Verknüpfung des Kampfes um Schuldenerleichterung mit dem Kampf gegen jene weltwirtschaftlichen Grundstrukturen, die ursächlich für die Entstehung der Schuldenkrise verantwortlich sind. Dies aber erfordert eine konsequente Rückbesinnung auf die antiimperialistischen und allgemeindemokratischen Ausgangspunkte des Kampfes um eine NIWO.

Im einzelnen würde dies auf eine Konzentration auf folgende Problemfelder hinauslaufen:

- Stärkung der demokratisch verfaßten

Organisationen der internationalen Gemeinschaft, vor allem der UNO und ihrer Unterorganisationen, gegenüber den von den Regierungen der kapitalistischen Metropolen dominierten Finanzinstitutionen wie Internationaler Währungsfonds (IMF) und Weltbank; dies gilt u.a. auch im Hinblick auf die Frage nach allgemein akzeptierten Kanälen für finanzielle Transfers in die Dritte Welt.

- Stärkung der nationalen Souveränitätsrechte der Entwicklungsländer gegenüber internationalen Monopolen und imperialistischen Regierungen; dies betrifft vor allem die Frage der Souveränität über die nationalen Ressourcen und das Recht zur Enteignung und Kontrolle der Niederlassungen transnationaler Konzerne nach nationalen Rechtsgrundsätzen.

- Forcierung der Diskussion um Kontrolle und Einschränkung der Macht der transnationalen Konzerne und Banken auch auf internationaler Ebene durch völkerrechtlich verbindliche Regelwerke und Kodices.

Es versteht sich, daß damit lediglich Orientierungspunkte des Kampfes benannt sind, deren praktische Umsetzung aufs engste mit der allgemeinen Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses zusammenhängt.

Auf internationaler Ebene schließlich kann die Bewegung für eine Neuordnung

der Weltwirtschaft langfristig nur so stark sein, wie ihre Forderungen auch auf nationaler Ebene – über die einzelnen Regierungen hinaus – von demokratischen und Arbeiterbewegungen mitgetragen werden.

Die hier vorgeschlagene Konzentration dieses Kampfes auf solche Problemfelder, die die Zurückdrängung des Einflusses der transnationalen Konzerne betreffen, wirkt in diese Richtung. Denn sie orientiert auf die Hervorhebung von Interessengemeinsamkeiten und -parallelen der verelendeten Massen in der Entwicklungswelt und der abhängig Beschäftigten hierzulande.

Anmerkungen:

- 1) So K. Natorp in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15.7.1985
- 2) Zit. nach: F. Nuscheler, Zur Kritik von Entwicklungshilfe und zur Denunzierung von Entwicklungshilfekritik, in: Jahrbuch Dritte Welt 1986, München 1986, S.26
- 3) Zit. nach: Die Zeit, 10.5.1985
- 4) B. Erler, Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe, Freiburg 1985, S.8
- 5) Ebenda, S. 8f.
- 6) Vgl. R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage, Köln 1986, bes. Kap. 1, S. 13ff.
- 7) FAZ, 30.5.1986
- 8) W. Kessler, Zunehmender Nettotransfer von Süd nach Nord, in: epd-Entwicklungspolitik. Aktuelle Vorausinformation, Nr. 2/1986



Originalton Moskau

Kommunisten werden mit Moskau in Verbindung gebracht. Die DKP allemal.

Wer allerdings die **UZ**, die Zeitung der arbeitenden Menschen, die Zeitung der DKP, liest, wird rasch feststellen, daß dort Originalton BRD geschrieben wird. Auch wenn die Gorbatschow-Friedensvorschläge in vollem Wortlaut dokumentiert werden.

Es geht um unser Land und unsere Zukunft. Aus der Sicht der arbeitenden Menschen. Gegen Kohl und Kapital.



Die **UZ** können Sie probelesen. 14 Tage kostenlos und unverbindlich. 02101/590321, Kollege Duisberg. Oder schicken Sie uns diesen Coupon.



Frischer Wind im Bundestag: Grünen-Protest während einer Kohl-Ansprache gegen die Mitschuld der Rechtskoalition am Mord der Contras am BRD-Aufbauhelfer Tonio Pflaum am 4. 5. 1983

AIB-Umfrage bei Oppositionsparteien anlässlich der Bundestagswahl 1987



Alternativen zur Bonner Dritte-Welt-Politik

Die zum 25. Januar 1987 anstehenden Bundestagswahlen entscheiden darüber, ob die von der konservativliberalen Regierungskoalition verfolgte Außen- und Dritte-Welt-Politik weitere 4 Jahre fortgesetzt oder ob sie durch eine andere, SPD-geführte Politik eines rosa-grünen Bündnisses abgelöst werden kann. Grund genug, um nach den Alternativvorstellungen der Bundestagsparteien SPD, Grüne und des außerdem kandidierenden Linksbündnisses Friedensliste (Christen, Sozialisten, Liberale, Kommunisten, Parteilose, einzelne Sozialdemokraten und Grüne) zu fragen.

Unsere Fragen stellten sich: für die Friedensliste Karl-Heinz Hansen, Ex-SPD-MdB, Demokratische Sozialisten, Bundessprecher der Friedensliste; für die Grünen Annemarie Borgmann, MdB und Bundestagsfraktionssprecherin der Grünen; für die SPD hatte Dr. Uwe Holtz, MdB und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zunächst zugesagt, mußte dann aber aus zeitlichen Gründen passen, so daß wir die Antworten den Beschlüssen des letzten ordentlichen SPD-Parteitag vom August 1986 in Nürnberg (zur Nord-Süd-Politik, den wirtschaftspolitischen Leitlinien und dem Aktionsprogramm) und dem Regierungsprogramm von Johannes Rau, verabschiedet vom a.o. SPD-Parteitag am 25. Oktober 1986 in Offenburg, entnehmen mußten.

FRAGE 1: Die Entwicklungshilfe ist – nicht zuletzt seit dem Erscheinen von Brigitte Erlers Buch „Tödliche Hilfe“ – ins Gerede gekommen. Unter der konservativen Wende-Regierung dient sie mehr denn je als Instrument der Beförderung deutscher Exportinteressen und zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele.

Wäre es Ihrer Meinung nach besser, die Entwicklungshilfe gleich ganz einzustellen, weil sie bisher mehr Schaden angerichtet als genutzt hat? Oder sehen Sie eine tragfähige Alternative zur herrschenden Entwicklungspolitik? Was wären für Sie Essentials einer neuen, einer anderen Entwicklungspolitik?

K.H. HANSEN (Friedensliste): Unsere „Entwicklungshilfe“ war von Anfang an ein zweischneidiges Schwert, das dem Altbeispiel der Kolonisatoren folgte: die Bibel in der einen und das Schwert in der anderen Hand.

Auf heute bezogen: Ausbeutung, Unterdrückung und direkte oder indirekte militärische Intervention auf der einen Seite und auf der anderen „Entwicklungshilfe“ zur Stabilisierung des politischen Einflusses zur Festigung der eigenen (Kapital-)Interessen mit anderen Mitteln. Daran hat Brigitte Erler erinnert, um den Schleier der uneigennütigen Hilfe einmal wegzuziehen. So ist z.B. unser „Entwicklungshilfeförderungsgesetz“ kaum etwas anderes als ein bundesdeutsches Kapitalförderungsgesetz. Vielfach bewirken auch gut gemeinte Entwicklungsprojekte das Gegenteil von dem was sie bewirken sollen. Darüber muß diskutiert werden.

Andererseits kann nicht geleugnet werden, daß Entwicklungshilfe – richtig verstanden – Positives bewirkt. Auch heute sind echt gemeinnützige Träger und viele sozial engagierte Entwicklungshelfer nicht „nützliche Idioten“, sondern wichtige Propagandisten sozialen Fortschritts, die bezogen auf die Strukturen und die Menschen vor Ort Entscheidungen leisten.

Nicht umsonst wird so verstandene Entwicklungshilfe häufig von Rechts scharf angegriffen und versucht, ihr die Grundlage zu entziehen. Wo wir helfen wollen, zeigt wo wir stehen!

Konkret: Die Bundesregierung betreibt ideologische Entwicklungshilfe als handfesten Klassenkampf gegen alles, was fortschrittlich ist in der „Dritten Welt“ und für vieles, was reaktionär oder gar faschistisch der Selbstbefreiung der Völker entgegensteht: für Chile, gegen Nicaragua...

Wir wollen's umgekehrt: Gezielte Entwicklungshilfe für die Länder, die den Weg der Befreiung von Ausbeutung, d.h. der Realisierung der Menschenrechte gehen und Isolierung aller reaktionären Regimes. Wirtschaftsboykott für Südafrika wäre konkrete „Entwicklungshilfe“ zur Selbstbefreiung der schwarzen Mehrheit. Natürlich sofortiger Stopp des Rüstungsexports, der Waffenhilfe zur Unterdrückung ist.

Ich bin nicht naiv: die Bundesrepublik ist ein kapitalistischer Staat. Aber sich von Reagan und den internationalen Scharfmachern und Kriegstreibern abzusetzen (in der Raketenfrage ebenso wie in Nicaragua und Südafrika) und – wenn auch in Grenzen – stattdessen die Bewegungen für Gerechtigkeit fördern, heißt die weltweite Reaktion schwächen und die Bedingungen für den Kampf zur Erhaltung errungener Freiheit (Nicaragua) oder zu deren Gewinnung zu verbessern.

A. BORGMANN (Grüne): Die Problematik von Entwicklungshilfe ist heute offensichtlich. Nicht nur deren Mißbrauch als verdeckte oder offene Exportförderung für die bundesdeutsche Industrie muß in diesem Zusammenhang kritisiert werden, auch nicht allein die zunehmenden amtlichen Tricks bei der Stärkung der Mischfinanzierung, sondern auch positiv erscheinende Entwicklungsprojekte haben häufig Effekte auf die Gesellschaft der Empfängerländer, die schädlich sind.

Allerdings sollte man nicht daraus schließen, daß prinzipiell keine sinnvollen Projekte möglich seien. Bei deren Auswahl und Strukturierung muß allerdings streng darauf geachtet werden, daß sie auf eine Entwicklung „von unten“ gerichtet sind, daß sie möglichst zur Stärkung von Basisinitiativen und/oder zur Gewährleistung von Ernährungssicherheit dienen und daß sie nicht bloße Servicefunktionen erfüllen, sondern Ansätze soziale Emanzipation unterstützen.

SPD: Die von den meisten Industrieländern gewährte Entwicklungshilfe hat die Lage der Menschen in den Entwicklungsländern kaum verbessert.

Sie ist in ihrem Umfang nicht ausreichend, wird vielfach falsch eingesetzt und dient häufig mehr den Absatzinteressen der eigenen Exportindustrie als den tatsächlichen Bedürfnissen der Entwicklungsländer. Eine veränderte Entwicklungshilfepolitik müßte sich deshalb ausschließlich daran orientieren, ob durch wirtschaftliche Hilfe die Fähigkeit der Entwicklungsländer zur Sicherung der Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung verbessert wird.

Ziel sozialdemokratischer Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt ist, durch wirtschafts- und entwicklungspolitische Maßnahmen die Voraussetzungen für eine gleichmäßige Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen zu

Nicaragua-Besucher K. H. Hansen (Friedensliste) im Gespräch mit Sandinista-Führer Th. Borge (l.)



schaffen. Die Verwirklichung dieses Ziels erfordert eine gerechtere Verteilung der Güter nicht nur zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, sondern auch innerhalb der Entwicklungsländer selbst. Die Umverteilung der Weltressourcen zugunsten der armen Länder muß auch den Armen in diesen Ländern wirklich zugute kommen.

Dies setzt in vielen Entwicklungsländern eine grundlegende Veränderung politischer und ökonomischer Herrschafts-

FRAGE 2: Die Diskussion um die von den Entwicklungsländern geforderte Neue Internationale Wirtschaftsordnung steckt in einer fast hoffnungslosen Sackgasse. Welche Initiativen einer westdeutschen Bundesregierung halten Sie für notwendig, um diese Diskussion wiederzubeleben?

K.H. HANSEN: Die vom Westen (noch) weitgehend diktierte Weltausbeutungsordnung mit den USA als reaktionärem Hauptbollwerk steht gerechten Wirtschaftsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil in einer wirklich neuen Weltwirtschaftsordnung entgegen.

Wenn die BRD ihre Hardliner-Position im GATT, beim Weltwährungsfonds (IMF), der Weltbank, in der UNESCO und den anderen relevanten Foren verließ, würde das zur Bewegung in Richtung auf die Forderungen der „Gruppe der 77“ wesentlich beitragen. Denn die BRD ist in der EG und im Verhältnis zu den USA ein Schlüsselhand. Eine Veränderung der kolonialen Binnenstrukturen in den internationalen Institutionen würde die Durchsetzung der legitimen Forderungen der „Entwicklungsländer“ erleichtern.

Die BRD könnte sich ebenso für die Überwindung kolonialer Machtpositionen bei der Realisierung der Ergebnisse der internationalen Seerechts-Konferenz einsetzen, wie eine für die Entwicklungsländer wichtige Veränderung der Lomé-Abkommen der EG unterstützen.

Die Einrichtung weltweiter Fonds zur Exporterlösstabilisierung der Entwicklungsländer, eine Verbesserung der „terms of trade“, Beseitigung von Handelshemmnissen zu Lasten der „Dritte-Welt-Länder“, generelle Gewährung der Meistbegünstigung, statt gezielter Exportförderung gezielte Importförderung, kostenloser Technologietransfer zu Gunsten der Entwicklungsländer, Loslösung von der Dollarbindung als währungspolitischer Dauerausbeutung, Erweiterung und Entdiskriminierung der Inanspruchnahme von Sonderziehungsrechten, Beendigung der die nationale Souveränität aushebelnden und rein kapitalorientierten Praktiken von IMF und Weltbank und nicht zuletzt Umschuldung und Schuldenstreichung wären wichtige Schritte auf dem Wege zu einer gerechteren neuen Weltwirtschaftsordnung.

Als ein ökonomisches und politisches

strukturen voraus. Die SPD unterstützt deshalb besonders solche Entwicklungsländer, die sich von Diktaturen befreit haben und einen demokratischen Weg gehen, der die Teilhabe aller an gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglichen soll, die ungerechte Einkommens- und Vermögensverhältnisse beseitigen, Arbeit für alle schaffen wollen, die Emanzipation der Frauen fördern und eine friedliche Politik nach außen verfolgen.

Schlüsselhand des Westens könnte die BRD zu all diesen notwendigen Veränderungen internationale Initiativen ergreifen, die nicht nur symbolische Bedeutung hätten.

A. BORGMANN: Die Diskussion über eine neue Weltwirtschaftsordnung steckt heute zweifellos in einer Sackgasse.

Die Bundesrepublik sollte hier die Initiative ergreifen, um über die weitere Forcierung der Frage der Verschuldung der Dritten Welt diese Diskussion erneut zu betreiben, und dabei eine Position bezie-



Grünenfraktionssprecherin Annemarie Borgmann

hen, die die Streichung der Schulden der Dritte-Welt-Länder allgemein mit der Bildung eines entwicklungsorientierten Finanzfonds koppelt, der aus den Rückzahlungen der früheren Schulden finanziert werden soll.

SPD: Zwar ist eine Reform der Weltwirtschaftsordnung notwendig, die die Rechte und Chancen der Entwicklungsländer im Handel auf dem Weltmarkt verbessert, Handelshemmnisse abbaut, Exportabhängigkeiten vermindert, ihre Kaufkraft verbessert und eigene Entwicklungsprojekte finanziell absichert. Diese Maßnahmen müssen jedoch dem Ziel untergeordnet sein, in der Dritten Welt den Aufbau leistungsfähiger Binnenmärkte zu unterstützen, die die vorhandenen menschlichen und natürlichen Ressourcen nutzen und die bestehenden Grundbedürfnisse befriedigen können.

FRAGE 3: Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung? Und wie müßte dieser Zusammenhang – sofern es ihn gibt – in politisches Handeln umgesetzt werden? Könnten Sie sich konkrete Schritte der Bundesrepublik vorstellen, um aus eingesparten Rüstungsausgaben mehr Geld zur Finanzierung internationaler Entwicklungsvorhaben zur Verfügung zu stellen, und wenn ja, wie?

K.H. HANSEN: Der Kontext liegt auf der Hand – nur ein paar konkrete Stichworte! In Kürze werden 5 Mrd Menschen auf diesem Planeten leben – davon 75% in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas; wobei „leben“ hier mehr ein Euphemismus für dahinvegetieren ist. Pro Kopf werden jährlich auf der Erde 600 DM für Rüstung, für Waffen, ausgegeben – gleichzeitig verdient jeder zweite Erdenbürger in diesem Zeitraum nicht einmal diesen Betrag. In der Dritten Welt werden pro Jahr über 100 Mrd Dollar für Rüstung vergeudet – das Dreifache aller Gesundheitsausgaben dieser Länder!

Der „Frieden“ der Metropolen heißt permanenter Tod, in den ausgebeuteten „Entwicklungsländern“ – jährlich verhungern mehr als 40 Mio Menschen – eine Dimension, die ständig verdrängt wird, eine Dimension die dem 2. Weltkrieg entspricht. Erste (bescheidene) Schritte einer radikalen Wende wären zum Beispiel eine Umwidmung von Rüstungshaushaltskürzungen für den Etat der Entwicklungshilfe – wie bereits z.B. 1981 im Bundestag von SPD-Abgeordneten wie Manfred Coppik und (wenigen) anderen gefordert. Mehr Butter und weniger (möglichst gar keine) Kanonen muß „Generallinie“ des neuen politischen Denkens und Tuns werden.

A. BORGMANN: Militärausgaben sind auch und besonders in den Staaten der Dritten Welt eine gigantische Verschwendung von finanziellen Mitteln und Rohstoffen, die auf diese Weise der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage verloren gehen. Darüber hinaus spielen kriegerische Konflikte nur zu oft eine entscheidende Rolle, wenn es um die Vertreibung von Menschen, die Zerstörung von Landwirtschaft und allgemein die Verschärfung von Notständen geht.

Die Bundesrepublik sollte daher jede Militärhilfe und Rüstungsexport in die Dritte Welt einstellen (inklusive Türkei und Portugal als NATO-Staaten), ihren eigenen Militärhaushalt durch Verzicht auf alle offensiven Komponenten (vor allem bei den Beschaffungen und bei Forschung und Entwicklung) um rund 15 Mrd DM kürzen und dieses Geld für den ökologischen Umbau der BRD und die gezielte Unterstützung emanzipatorischer Entwicklung in der Dritten Welt einsetzen.

SPD: Zu den unumgänglichen Aufgaben gehört:

- Sonderfonds zur Entwicklung der

ärmsten Länder: durch eine Senkung der Rüstungsausgaben um mindestens 1% jährlich können für diese Länder umfangreiche Hilfsleistungen erbracht werden.

- Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungshilfe im Bundeshaushalt zur Förderung eines eigenständigen Entwicklungsweges; Reform des Außenwirtschaftsgesetzes und der Kreditabsicherungen; Verbot des Rüstungsexports.

Ohne Stopp der Hochrüstung gibt es auch keine gute Entwicklung für die Dritte Welt. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird deshalb vorschlagen, zwischen Ost und West und Nord und Süd ein Zukunftsprogramm Dritte Welt mit dem Ziel zu vereinbaren, daß aus der Rüstung Mittel in eine wirksame Hilfe für die Entwicklungsländer umgeschichtet werden.

FRAGE 4: Wären Sie bereit, sich aktiv für die Streichung der Schulden der Dritten Welt einzusetzen, oder welche anderen Lösungen sehen Sie für diese z.Zt. am heftigsten diskutierte Streitfrage zwischen Erster und Dritter Welt?

K.H. HANSEN: Die astronomischen Milliarden schulden der Entwicklungsländer sind nichts anderes als zusätzliche von ihnen bei den „Geberländern“ zu entrichtende Ausbeutungsprämien. Sie sind aufgelaufen, weil zu Bedingungen gegeben, die alles andere als selbstlos waren. Wenn heute Schulden nicht mehr getilgt werden können und die westlichen Banken hierüber lamentieren, wird in der Regel verschwiegen, daß man vorher für jede Mark, die gegeben wurde, 10 oder mehr aus dem Land gezogen hat.

Kuba und andere Länder haben recht, wenn sie sich jetzt weigern, fällige Schulden zurückzuzahlen und die Streichung der Schulden fordern. Die anderen betroffenen Entwicklungsländer sollten diesem Beispiel folgen, anstatt sich weiter politisch und ökonomisch erpressen zu lassen.

Die BRD sollte sich für die generelle Schuldenstreichung einsetzen und darüber hinaus bei ihrer eigenen Entwicklungshilfe von überhöhten Zinssätzen künftig ebenso Abstand nehmen wie von der der Empfängerländer knebelnden Lieferbindung, die ihnen in der Regel überhöhte Preise abverlangt – auch ein Grund für die Schuldenhöhe.

A. BORGMANN: Ich habe unter Punkt 2 bereits festgehalten, daß ich für die Streichung der Schulden eintrete.

Im Programm der Grünen zur Bundestagswahl 1987 wird diese Forderung als Element einer neuen Weltwirtschafts-



Hauptkontrahenten der Bundestagswahl 1987: SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau (l.) und Bundeskanzler Kohl

ordnung bezeichnet und festgestellt: „Über den Zwischenschritt eines Schuldenmoratoriums muß es zu einer umfassenden Streichung der Auslandsschulden der Entwicklungsländer kommen. Die internationalen Finanzorganisationen müssen neu organisiert werden.“

SPD: Die Lösung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, zu der private Banken in Europa und insbesondere in den USA vielfach durch eine unverantwortliche, am schnellen Profit orientierte Kreditvergabe beigetragen haben, ist nur durch eine Stabilisierung der Schuldzinsen, einen teilweisen Verzicht auf Zinszahlungen und einen selektiven Schuldenerlaß möglich.

Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, entsprechende Lösungen durch internationale Vereinbarungen durchzusetzen.



FRAGE 5: Zur Rolle von Internationalem Währungsfonds und Weltbank: Die Bedingungen, die diese Finanzinstitutionen den Entwicklungsländern auferlegen, werden immer mehr als „Prokrustesbett“ kritisiert, das die Entwicklungsperspektiven der Dritten Welt auf lange Sicht verbaut.

Können Sie sich eine Demokratisierung dieser Institutionen im Sinne der Entwicklungsländer vorstellen? Oder wäre es nicht besser, ihren Einfluß zugunsten von demokratisch verfaßten UNO-Instanzen zurückzudrängen? Welche Rolle muß Ihrer Meinung nach die Bundesrepublik in diesem Zusammenhang in Zukunft spielen?

K.H. HANSEN: Ich knüpfe an die Antwort auf Eure zweite Frage an mit der Forderung nach Entkolonialisierung, d.h. Demokratisierung der bestehenden internationalen Strukturen wie IMF und Weltbank.

Dies wären erste notwendige, aber nicht hinreichende Schritte im Interesse der Entwicklungsländer zur Überwindung der Ausbeutungsordnung.

Allerdings wäre der richtigere Weg, die betroffene abhängige Staatenmehrheit selbst nicht nur im Rahmen der UNO folgenlose Resolutionen verabschieden, sondern sie auch wirksam entscheiden zu lassen. Hierzu könnte und sollte die Autorität von UNIDO, UNCTAD, UNESCO und anderen UN-bezogenen Instanzen erhöht werden, um den Einfluß der von Anfang an von den westlichen Ländern dominierten Einrichtungen wie IMF, Weltbank, GATT, OECD u.a. zurückzudrängen.

In diesem Sinne könnte eine andere Bundesregierung wirksam tätig werden, da die BRD aufgrund ihrer Kapitaleinlagen, Wirtschaftskraft und Exportstärke einen wichtigen Einfluß in den Entscheidungsgremien und Strukturen hat, die bislang vorspiegelnde Instrumente für die Entwicklungspolitik zu sein, aber real Instrumente der Kontrolle über die Entwicklungsländer im Sinne des Westens sind.

A. BORGMANN: Lösungsansätze müssen eine Strategie der Demokratisierung der internationalen Finanzinstitutionen, in deren Zuge die Länder der Dritten Welt deutlich größeren Einfluß erhalten müßten, mit einer Strategie zur Erreichung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung verbinden.

Eine isolierte Demokratisierung der Institutionen im gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Rahmenezusammenhang ist sehr schwer vorstellbar – was allerdings nicht gegen das Ziel spricht, sondern die Notwendigkeit einer Neuen Weltwirtschaftsordnung einmal mehr unterstreicht. Solange eine solche Umstrukturierung von internationalen Finanzinstitutionen und Weltwirtschaft nicht erreicht ist, muß die Zurückdrängung der Einflüsse dieser Institutionen und von deren Instrumentalcharakter für die zentralen westlichen Industriestaaten eine wichtige Aufgabe sein.

Die Bundesrepublik sollte sich in diesem Sinne bemühen, ihr politisches und öko-

nomisches Gewicht in den angesprochenen Gremien voll auszunutzen, sich jeder antirevolutionären Einheitsfront der Industriestaaten enthalten und Initiativen zur Demokratisierung der internationalen Finanzinstitutionen unternehmen.

SPD: Gleichzeitig (mit einer Schuldentilgung) muß die Stellung der Dritten Welt im Internationalen Währungsfond gestärkt werden. Die einseitige an Marktideologie und kurzfristigen Zahlungs-



Grünen-Visite mit A. Borgmann (M.) im Juli 1986 in Namibia

FRAGE 6: Zwei chronische Konfliktherde in der Dritten Welt liegen in Mittelamerika und im Südlichen Afrika.

Zu Mittelamerika: Was wären für Sie die politischen Grundlagen für eine Konfliktlösung? Welche Rolle muß die BRD hierbei spielen? Sind Sie bereit, für eine umgehende Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe für Nicaragua einzutreten?

K.H. HANSEN: Vorweg: Ich finde den Begriff „chronische Konfliktherde“ falsch – der chronische „Konfliktherd“ Nr. 1 ist für mich die USA! Mittelamerika und das Südliche Afrika sind von den Konsequenzen der internationalen Ausbeutungs(un)ordnung besonders betroffene Regionen.

Eine andere Bundesregierung muß – ohne wenn und aber – die Entwicklungsgelder für Nicaragua freigeben – als ersten Schritt. Aufhören muß die liebe-dienersche Unterstützung der brutal-offenen US-Intervention mit Söldnern (auch wenn die Hasenfuß heißen), Geld und ökonomischen Strangulierungsversuchen. Der internationale Gerichtshof in Den Haag hat hierzu klare Worte gefunden.

Dieses (nicht) unser Land sollte alle Bemühungen in Mittelamerika politisch un-

terstützen, die auf Deeskalation, Demokratisierung und Zurückdrängung der US-Dominanz zielen. So wäre auch in der EG politisch zu agieren, von einer anderen Regierungsmehrheit...

Zu den unumgänglichen Aufgaben gehört (weiter):

● Kontrolle der internationalen Kreditbeziehungen durch eine Reorganisation des IMF mit größerer Einflußmöglichkeit der Entwicklungsländer und durch Kapitalverkehrskontrollen der europäischen Länder.

● Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung: dazu gehören garantierte Preise und Produkte aus den Ländern der Dritten Welt, die Öffnung unserer Märkte und eine internationale Kontrolle über die Strategien der transnationalen Konzerne.

terstützen, die auf Deeskalation, Demokratisierung und Zurückdrängung der US-Dominanz zielen. So wäre auch in der EG politisch zu agieren, von einer anderen Regierungsmehrheit...

A. BORGMANN: Das Selbstbestimmungsrecht, die Respektierung der Souveränität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten müssen die Grundlagen sein, um die Konflikte Mittelamerikas zu lösen.

Der zentrale Schritt muß im Ende der US-amerikanischen Intervention bestehen, sei es die Kriegsführung durch Contras, die Durchführung von Counterinsurgency-Kampagnen in El Salvador und zunehmend in Guatemala, seien es wirtschaftliche Boykott- und Sabotagemassnahmen. Erst auf dieser Grundlage eines Verzichtes auf diese Maßnahmen ist eine wirkliche Konfliktlösung realistisch.

Die Bundesrepublik sollte eine Politik betreiben, die bewußt durch politische und wirtschaftliche Initiativen der US-Kriegsstrategie entgegentritt. Nicht der vorausseilende Gehorsam gegenüber einer Vormacht im Bündnis darf die Politik bestimmen, sondern eine offensive Unterstützung von Befreiungsbewegungen muß zum Ausgangspunkt gemacht werden.

Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe an Nicaragua muß nicht nur wieder aufgenommen werden, sondern so bemessen werden, daß sie wesentliche Beiträge zur Entwicklung des Landes und zur Durchbrechung amerikanischer Einschünte leistet.

SPD: Wir führen mit der sandinistischen Regierung den kritischen Dialog über Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte, der demokratischen Rechte und der Pressefreiheit, die nicht im Sinne eines demokratischen Sozialismus sind. Dabei übersehen wir nicht, daß diese Entwicklungen vor allem auch durch den militärischen und ökonomischen Druck seitens der USA verursacht sind.

FRAGE 7: Zu Südafrika: Sind Sie bereit, sich auf internationaler und nationaler Ebene dafür einzusetzen, daß die Bundesregierung umfassenden und verbindlichen Sanktionen gegen das Botha-Regime zustimmt? Halten Sie selektive Sanktionen gegen Apartheid-Südafrika für geeignet, das Regime unter Druck zu setzen?

K.H. HANSEN: Die umfassende Isolierung des Apartheidregimes auf allen Ebenen, wirtschaftlich, kulturpolitisch, in internationalen Gremien und Organisationen, dies trotz der Bremsversuche und Halbherzigkeiten, wobei die Regierung Kohl wiederum mit Thatcher und Reagan führend ist, geht voran – und zeigt Wirkungen. Gerade als (Bundes-) Deutsche sollten wir kompromißlos dieser extremsten Ausgeburt von Rassenwahn in der zweiten Jahrhunderthälfte kontra geben.

Unser aller Beitrag kann durch vollständigen Boykott gegen Apartheid zur wirksamen Unterstützung des Befreiungskampfes werden. Die Friedensliste, ihre Direktkandidatinnen und Kandidaten, alle Freunde und Unterstützer unseres Personenbündnisses werden deshalb für die große Demonstration am 29. November d.J. in Bonn mobilisieren und werben. Adolf Botha muß verschwinden!

A. BORGMANN: Die Grünen im Bundestag setzen sich seit langem für umfassende Sanktionen auf nationaler und internationaler Ebene ein, die nicht bloß Symbolcharakter haben dürfen, sondern das Rassenregime empfindlich treffen sollten.

Dabei ist die internationale Verbindlichkeit der Sanktionen natürlich von entscheidender Bedeutung, um ihre Wirksamkeit zu gewährleisten. Sanktionen müssen darauf zielen, durch die Entwicklung massiven und sich steigenden

Wir Sozialdemokraten sagen Nein zur militärischen und ökonomischen Interventionspolitik gegen Nicaragua.

Wir sind solidarisch mit dem nikaraguanischen Volk und seiner legitimen, demokratisch gewählten Regierung, das auf der Grundlage von politischem Pluralismus, gemischter Wirtschaft und außenpolitischer Blockfreiheit einen eigenen selbstbestimmten Weg aus kolonialpolitischer Ausbeutung und Unterdrückung gehen können muß.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird, um dem 100-Mio.-\$-Programm der USA zur Destabilisierung Nikaraguas entgegenzuwirken, unverzüglich die Entwicklungshilfe wieder aufnehmen und durch ein Sofortprogramm zum Wiederaufbau des Landes zu verstärken, sich dafür einzusetzen, in der Europäischen Gemeinschaft stärkere politische und materielle Unterstützung für Nicaragua zu erwirken.

Wir Sozialdemokraten werden in den von uns geführten Ländern und Kommunen Nikaragua-Projekte verstärkt unterstützen.

Drucks die Beseitigung der Apartheid zu erzwingen.

SPD: Inzwischen ist Helmut Kohl zur offenen Unterstützung des Botha-Regimes übergegangen. Insbesondere ist an ihm auf dem jüngsten EG-Gipfel die Einleitung durchgreifender Sanktionsmaßnahmen gescheitert, zu dem die überwiegende Mehrheit der EG-Mitglieder bereit und entschlossen war. In den Augen der Weltöffentlichkeit erscheint die Bundesrepublik jetzt als der zuverlässigste Fürsprecher und Verbündete des Apartheidregimes.

Der Bundesparteitag bekräftigt den Forderungskatalog der SPD-Bundestagsfraktion. Sie hält entsprechende Maßnahmen der Bundesrepublik gegen die Apartheid für zwingend notwendig. Dazu gehören:

- das Verbot neuer Investitionen in Südafrika, die Unterbrechung des Kapitalverkehrs und der Ausschluß von Exportbürgschaften; (...)

- die Umgestaltung des EG-Verhaltenskodex für europäische Firmenniederlassungen zu einem Instrument zur Überwindung der Apartheid in den Betrieben und die bindende Wirkung des Kodex für alle deutschen Firmen in Südafrika; (...)

- das vollständige Verbot der Einfuhr von Rohstoffen aus Namibia entsprechend dem Dekret Nr. 1 des Namibia-Rats der Vereinten Nationen;

- verstärkte wirtschaftliche Hilfe für die von Südafrika bedrohten Frontstaaten.

Neuere Bücher zur Dritte-Welt-Politik der BRD

Gesamtdarstellungen zur Bonner Dritte-Welt-Politik blieben auch Mitte der 80er Jahre Raritäten. Aber immerhin liegen mit **Rainer Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt**, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986², 218 S., 14,80 DM und

Die Grünen im Bundestag/AG 3. Welt (Hrsg.), **Die Dritte Welt im „Hohen Haus“**. Erfahrungen und Ergebnisse aus zwei Jahren Grüner Entwicklungspolitik im Bundestag, Bonn 1985, 191 S., 8 DM

nun zwei Veröffentlichungen radikaler Kritiker des BRD-Neokolonialismus vor, in denen die wichtigsten Elemente bundesdeutscher Dritte-Welt-Politik zusammengefasst dargestellt werden. Geschichte und Konzepte der Entwicklungspolitik, die Wirtschaftsexpansion, die „Nord-Süd“- und Regionalpolitik sowie das gewachsene militärische Engagement der BRD in Asien, Afrika und Lateinamerika werden von R. Falk annäherungsweise gleichgewichtig untersucht und eingeordnet. Zu den Stärken der Arbeit gehören die Diskussion der konservativen bis sozialdemokratischen Entwicklungshilfestrategien, das Aufzeigen der Interessenspezifika der BRD-Wirtschaft im Waren- und Kapitalexport sowie die Skizzierung der veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Etwas ausführlicher hätte man sich allerdings die Rolle der BRD in Konfliktregionen wie Mittelamerika, Südliches Afrika oder Naher und Mittlerer Osten gewünscht. Die Publikation der Grünen bilanziert und dokumentiert deren Anträge, Anfragen und Initiativen im Bonner Parlament zur BRD-Entwicklungspolitik, zur Verschuldungs-, Hunger- und Ökologiefrage, zur Rüstungsexport- und Mittelamerikapolitik usw. Sie veranschaulicht, wieviel ihre Fraktion im knappen Zeitraum 1983-85 doch im „Hohen Haus“ in Bewegung gebracht hat.



Die kritische Bilanz der neuen, konservativ-liberalen Entwicklungspolitik seit dem Regierungswechsel 1982 ist Gegenstand des Buches **Siegfried Pater/Thorsten Striepke, Entwicklungspolitik nach der Wende**, pad-Verlag, Dortmund 1986, 224 S., 19,80 DM.

Es setzt sich sehr detailliert mit den entwicklungspolitischen Leitlinien des Warnke-Ministeriums und den Förderungsinstrumentarien auseinander. Auch wenn die politischen Rahmenbedingungen etwas verkürzt ausfielen, so muß man den Autoren für die entwicklungspolitische Informationsdichte (Projekte, Insti-

tionen, praktische Umsetzung usw.) ein Kompliment machen.

Zur Vertiefung der Anfänge der BRD-Entwicklungspolitik wie ihrer Projektpraxis in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, gewerbliche Wirtschaft und Infrastruktur geeignet ist das Buch

Aktion Dritte Welt (Hrsg.), **Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung?**, Freiburg 1974⁸, 384 S., 16,80 DM.

Unterentwicklung und Entwicklungsinteressen mit sehr ausgedehnten weltwirtschaftlichen Hintergrundinformationen bietet sodann

Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1985, 280 S., 19,80 DM.

Unverzichtbar für die nähere Beschäftigung mit bundesdeutschen Kapitalinvestitionen, Konzernstrategien und Einflußmöglichkeiten in der Dritten Welt sind die soeben erschienenen Studien.

Werner Olle, Bundesdeutsche Konzerne in der Dritten Welt, Lamuv Verlag, Bornheim 1986, 160 S., 14,80 DM und

F. Fröbel/J. Heinrichs, O. Kreye, Umbruch in der Weltwirtschaft, Rowohlt Verlag, Reinbek 1986, 588 S., 19,80 DM.

Sie weisen nach, daß die Niederlassungen in den Entwicklungsländern für die BRD-Multis (Fröbel-Fallbeispiel Textilbranche!) keineswegs ihre Bedeutung eingebüßt haben, obgleich sich in den 80er Jahren das Tempo der Direktinvestitionen verlangsamt. Beide gehen der Frage nach, ob eine ganz neue internationale Arbeitsteilung im Werden ist. Äußerst hilfreich für die Solidaritätsarbeit: Olle stellt Unternehmensprofile von Bayer bis Triumph vor, Fröbel/Heinrichs/Kreye gehen der Beschäftigungsfrage auf den Grund und liefern eine eindrucksvolle Liste der Auslandsniederlassungen der BRD-Konzerne. Eine Attraktion sind auch ihre Darbietungen zu den Weltmarktfabriken und zur Exportorientierung.

Informations- und Aktionshinweise

ASK

Das Antimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 1) unterstützt die Befreiungsbewegungen und informiert über die Ausbeutungs- und Interventionspraktiken der imperialistischen Staaten. Dabei entlarvt es vor allem das US-Weltherrschaftsstreben, die Rolle der Bundesrepublik bei der Stützung reaktionärer Regime und ihre Beteiligung an der US-Interventionspolitik der USA (z.B. im Nahen Osten oder Mittelamerika).

Um die Informationsverbreitung zu effektivieren und Aktionsmöglichkeiten zu erarbeiten, hat das ASK mehrere Kommissionen gegründet, die sich mit verschiedenen Regionen (Lateinamerika, Naher und Mittlerer Osten, Südliches Afrika) und globalen Problemen (Weltwirtschaft und Rüstung, Neokolonialismus der BRD, Ökologie und Dritte Welt) beschäftigen.

Das ASK übt koordinierende Funktionen für die Chile- und Nahostgruppen aus. Es beteiligt sich an den bundesweiten Spendensammlungen für Nicaragua („Nicaragua muß überleben!“), den ANC Südafrikas (Freiheitssender Nelson Mandela) und initiiert sie selbst für

andere befreite Länder und Befreiungsbewegungen.

Informationsmaterialien des ASK können beim **Solidaritätsshop 3. Welt** (gleiche Adresse) bezogen werden. Hier können auch Plakate, Anstecker, Broschüren, Bücher, Schmuck, Kunstgegenstände sowie Kaffee aus Nicaragua bezogen werden (Katalog anfordern!).

BUKO

Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50), dem ca. 250 Solidaritäts- und Dritte-Weltgruppen angehören, sieht seine Aufgabe in der Koordination der Aktivitäten dieser Gruppen, im Erfahrungsaustausch und in der Initiierung von Kampagnen. Es gibt die Zeitschrift **Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen** heraus.

Die Kampagnen richten sich vor allem gegen die Ausbeutungspraktiken der bundesdeutschen Konzerne. Zu ihnen gehört das „Aktionsprogramm gegen Futtermittelexporte“, mit dem auf den Zusammenhang zwischen Hunger in der Dritten Welt und der EG-Agrarpolitik aufmerksam gemacht wird, die Pharmakampagne, die sich gegen die Praktiken der Pharmakonzerne in der Dritten Welt richtet, und die Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“ (s.u.).

Kampagnen gegen Rüstungsexporte

Neben den Aktivitäten des BUKO läuft bereits seit 1983 eine von Pax Christi initiierte Kampagne „Produzieren für das Leben, Rüstungsexporte stoppen!“, an der sich insgesamt 12 christliche Organisationen beteiligen. Ebenso wie die BUKO-Kampagne richtet sie sich vor allem gegen jegliche Rüstungsexporte in die Dritte Welt. Zu Koordinierungs- und Informationszwecken erscheint ein „Kampagnen-Info“ (Richard Ackva, Hanauer Landstr. 133, 6000 Frankfurt).

Anläßlich der Bundestagswahl hat das Kampagnen-Büro des BUKO (Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1) die Broschüre „Rüstungsexporte & politische Verantwortung“ (20 S., 3,50 DM) herausgebracht. Sie enthält 10 mögliche Fragen an Bundestagskandidaten („Was spricht Ihrer Meinung nach gegen ein generelles Verbot von Rüstungsexporten?“), Informationen zum bundesdeutschen Rüstungsexport, zur Genehmigungspraxis der

Bundesregierung, zu konkreten Beispielen (Südafrika, Iran-Irak, Rheinmetall-Prozeß), zur Rüstungsproduktion und zur Arbeitsplatzfrage sowie eine Dokumentation der Positionen von CDU/CSU, FDP, SPD, Grünen, Kirchen und DGB zu diesem Thema.



AAB

Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1) tritt ein für die Abschaffung der Apartheid in Südafrika und die Unabhängigkeit Namibias. Sie bekämpft vor allem die wirtschaftliche, militärische und politische Kollaboration der Bundesrepublik mit dem Rassenregime. In diesem Zusammenhang führt sie Aktionen mit anderen Organisationen für die Durchsetzung umfassender Sanktionen gegen Südafrika durch – so etwa die von der AAB initiierte Demonstration am 29.11.1986 in Bonn.

Die Stellung der Parteien zu Sanktionen ist ein wichtiges Kriterium in den von der AAB zur Bundestagswahl vorgelegten Wahlprüfsteinen (siehe Kasten). Die AAB gibt die Anti-Apartheid-Informationen heraus.

Mittelamerika

In der Bundesrepublik gibt es mehrere hundert Mittelamerika-Gruppen. Die meisten üben materielle und politische Solidarität mit Nicaragua – durch Informationsverbreitung, Spendensammlungen, Brigaden und Städtepartnerschaften. Andere unterstützen die Befreiungsbewegungen in El Salvador, in Guatemala und Honduras.

Ein wichtiger Arbeitsbereich dieser Gruppen sind Aktivitäten gegen die bundesdeutsche Unterstützung der US-Intervention in Nicaragua, gegen die Kollaboration mit dem Duarte-Regime in El Salvador und gegen die Propagandakampagne der Rechtsparteien und -organisationen. Koordinierungsfunktionen übernehmen das Informationsbüro Nicaragua, und die Informationsstelle El Salvador (beide: Hofaue 51, 5600 Wuppertal) und die Informationsstelle Guatemala (Heerstr. 205, 5300 Bonn 1).



Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Rainer Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM

Nelson Mandela
Der Kampf ist mein Leben
Weltkreis Verlag
384 Seiten, 18,00 DM

Jochen Hippler
Krieg im Frieden
Amerikanische Strategien für die Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
180 Seiten, 14,80 DM